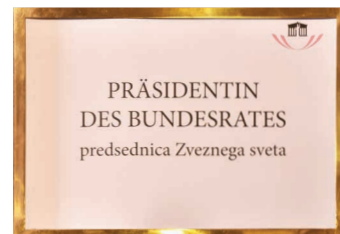




REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesrat

# TÄTIGKEITSBERICHT DES BUNDESRATES

Vorsitz Kärnten (2. Halbjahr 2014) und Niederösterreich (1. Halbjahr 2015)



**Impressum:**

*Herausgeberin, Medieninhaberin, Herstellerin:* Parlamentsdirektion

*Adresse:* Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

*Redaktion (Text und Bild):* Susanne Roth, Barbara Blümel, Susanne Bachmann

*Coverfotos:* © Fritz-Press GmbH, Foto Kraus, Peter Lechner/HBF, Igor Šljivančanin, Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany, Mike Ranz, Parlamentsdirektion/Bernhard Zofall

*Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung):* Dieter Weisser

*Korrektorat:* Satzlabor Innsbruck

*Druck:* Gerin

Wien, im Juli 2015

## Ana Blatnik

### Mit dem Bundesrat Brücken bauen

Als erste Kärntner Slowenin durfte ich am 1. Juli 2014 den Vorsitz in der Länderkammer übernehmen. Diesen Moment erlebte ich als enorme Chance, denn es bot sich mir in den darauf folgenden sechs Monaten die Möglichkeit zu zeigen, wie förderlich sprachliche und kulturelle Vielfalt für Österreich in einem vereinten Europa ist. In dem Motto meiner Präsidentschaft "Erinnern, Versöhnen, Zukunft gestalten" spiegelte sich mein Bestreben wider, mit dem Bundesrat Brücken zu bauen – zwischen BürgerInnen und politischen Institutionen, zwischen europäischen Regionen und Generationen. Wenn wir über Lehren aus der Vergangenheit und Potenziale grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Gegenwart und Zukunft sprechen, ist der Diskussions-Input junger Menschen unverzichtbar. Es freut mich daher besonders, dass Jugendliche im Rahmen einer Reihe von Initiativen der Länderkammer das Wort ergreifen konnten. Ebenso wichtig war mir, dass ihre Beiträge bei den politischen AdressatInnen an der EU-Spitze auch ankamen. Ich nahm daher unter anderem die Gelegenheit wahr, EU-Kommissar Johannes Hahn "Briefe an Europa" von SchülerInnen aus Slowenien und Kärnten im Rahmen der Sondersitzung des Bundesrates anlässlich "Fünf Jahre EU-Vertrag von Lissabon" zu überreichen. Vielstimmigkeit macht aus meiner Sicht die Europäische Union aus, und gerade der Föderalismus bringt diese am stärksten zum Ausdruck. Föderale Strukturen bilden den Kitt, der das Europa der Regionen zusammenhält. Diese Strukturen entfalten sich auf allen demokratischen Ebenen und wirken bis in die Gemeinden hinein. Genau dort befindet sich der Ort, wo Politik nichts mehr Abstraktes ist, wo Teilhabe am gesellschaftlichen Ganzen beginnt und alle zu MitgestalterInnen ihrer Lebensverhältnisse werden können.



© Parlamentsdirektion/WILKE

## Sonja Zwanzl

### Kompetenzzentrum für Zukunftsfragen

Ohne Länderkammer ist unser Parlament nicht komplett. Denn unser Parlamentarismus braucht einfach diesen Bundesrat, der im Hohen Haus die Gesamtheit der Länderinteressen vertritt und einbringt und damit gleichzeitig als Klammer zwischen den Ländern und dem Bund fungiert. Unser Bundesrat hat sich auf vielfacher Ebene als konstruktiver Impulsgeber für unsere gesamte Demokratie bewährt – gerade auch im vergangenen Parlamentsjahr, wofür ich allen Kolleginnen und Kollegen ein herzliches "Danke" sage. So bildet der Bundesrat de facto die "Europakammer" unseres Parlaments. Das zeigen die internationale Spitzenposition bei der Subsidiaritätskontrolle – der Prüfung von EU-Regelungen auf ihre Länder- und Regionenverträglichkeit – ebenso wie aktuell das Rederecht für EU-ParlamentarierInnen. Dieses wurde nicht nur im Bundesrat vor dem Nationalrat umgesetzt. Ich hege auch berechtigte Zweifel, ob dieses Rederecht ohne Impuls und Initiative der Länderkammer in Letzterem überhaupt schon umgesetzt wäre.

Einen besonderen Schwerpunkt haben wir in diesem Parlamentsjahr auf Fragen der Jugendausbildung und der Jugendförderung gelegt – mit Enqueten zur dualen Ausbildung und zu so genannten "NEETs", der Zukunftskonferenz und der Entschließung für mehr Berufsorientierung in unserem Schulsystem. Der Bundesrat ist hier zum "Think Tank" des Parlaments geworden. Ein Weg, der aus meiner Sicht in die Zukunft weist – mit einem Bundesrat, der sich abseits der tagesaktuellen Notwendigkeiten zum Kompetenz- und Zukunftszentrum des Parlaments für übergreifende Themen und Herausforderungen etabliert.



© Parlamentsdirektion/WILKE

## Statements der Fraktionsvorsitzenden

### Bundesrat blickt in die Zukunft!

Jetzt steht es leider fest: Keine im Parlament vertretene Partei will die Arbeitsbedingungen für die Länderkammer mit einer Reform der Bundesverfassung verbessern, nicht einmal kosmetische Verbesserungen scheinen möglich, obwohl es mehrere klare Beschlüsse aus den Bundesländern gibt. So mussten wir in der Länderkammer ein neues Selbstbewusstsein entwickeln, um im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten unsere Arbeit gezielt im Sinne unseres Auftrages zu leisten und damit demokratiepolitischen Mehrwert und Nutzen für die BürgerInnen zu schaffen. Ein Beweis dafür ist die aktive Rolle des EU-Ausschusses, die weit über die Grenzen unseres Landes Anerkennung findet. Zentrales Thema 2014/15 war die Weiterentwicklung unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems. Zukunftschancen für unsere Jugendlichen standen so im Fokus. Der Bundesrat schaut in die Zukunft. Durch die aufwändigen Untersuchungsausschüsse des Nationalrates ist dort viel Energie für die demokratiepolitisch notwendige Kontrolle gebunden. Der Bundesrat ist hier nicht direkt eingebunden und kann so wichtige Zukunftsfragen in Enqueten, Hearings und Runden Tischen zum Thema machen. Das Gedenken an die Niederschlagung der Naziherrschaft vor 70 Jahren soll uns anregen, wie wir die immer stärker messbare Abkehr vieler BürgerInnen von demokratischer Mitbestimmung und allgemein vom Parlamentarismus stoppen können. Die Ursache für das Erstarken der Diktaturen in den 1930er-Jahren war die Schwäche der DemokratInnen. Demokratie ist kein automatischer Erfolgsweg. Sie bedarf immer wieder aktueller, moderner und für BürgerInnen attraktiver Impulse. Was ebenfalls eine spannende Aufgabe für den Bundesrat sein kann.



© Parlamentsdirektion/WILKE

**Gottfried Kneifel**

**Vorsitzender der Bundesratsfraktion der ÖVP**

### Einen Zukunftsausschuss für den Bundesrat

Im Nationalrat tagt unter Beiziehung von BundesrätInnen und LandespolitikerInnen eine Enquete-Kommission zum Thema "Stärkung der Demokratie in Österreich", an welcher ich die Ehre hatte teilzunehmen. Erstmals in der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus waren in dieser Enquete-Kommission auch acht BürgerInnen als Mitglieder vertreten. Eine Reihe von ExpertInnen, BürgerInnen und PolitikerInnen haben einen breiten Katalog von Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Demokratie in Österreich in den bisherigen Sitzungen eingebracht. Einer dieser Vorschläge – auch schriftlich dargelegt im Grünbuch "Offene Gesetzgebung, #besserentscheiden (März 2015) – ist die Einrichtung eines Zukunftsausschusses, um dadurch als Bundesrat noch mehr zu einer selbstbestimmten vorwärts gerichteten Arbeitsweise zu kommen. So kann die Politik Gegenstände bereits zu einem Zeitpunkt verhandeln, zu dem noch ausreichend Handlungsspielraum besteht, auch die BürgerInnen aktiv in die Gesetzgebung einzubinden. Gerade die Präsidentschaften von Ana Blatnik und Sonja Zwazl haben eindrucksvoll gezeigt, dass der Bundesrat ein geeignetes Instrument ist, um Zukunftsthemen zu behandeln. Waren es bei Präsidentin Zwazl die Jugendlichen, ihre Bildungschancen und ihre Chancen am Arbeitsmarkt, so standen in der Präsidentschaft von Präsidentin Blatnik die Minderheitenpolitik, die mitteleuropäische Zusammenarbeit sowie aktive interregionale Nachbarschaftspolitik im Mittelpunkt. Ein Zukunftsausschuss ist sicher ein neues Instrument, um die Qualität, Transparenz und die Einbindung der BürgerInnen in die Gesetzgebung zu fördern. Gehen wir den ersten Schritt in Richtung "Gesetzgebung neu" und setzen wir möglichst rasch einen Zukunftsausschuss im Bundesrat ein.



© Parlamentsdirektion/WILKE

**Reinhard Todt**

**Vorsitzender der Bundesratsfraktion der SPÖ**

## Der Jugend eine Zukunft geben

Das zentrale Thema im Bundesrat im letzten Halbjahr war die Jugendbeschäftigung. Grundlage dafür war, die Talente und Begabungen unserer Jugendlichen zu erkennen. Die Tatsache, dass rund 7-9 % der Jugendlichen ohne Ausbildung, Arbeitsplatz oder Training sind, muss uns mit Sorge erfüllen. Noch dazu, wo dieser Prozentsatz auch in Österreich im Steigen begriffen ist.

Die Ursachen dafür sind vielfältig, die Rezepte zur Bekämpfung auch. Ich persönlich meine, dass es wichtig ist, schon in der Volksschule bzw. im Kindergarten zu beginnen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass scheinbar veraltete Tugenden wie Fleiß, Höflichkeit, Pünktlichkeit und Leistungsbereitschaft nicht aus der Mode gekommen sind. Auch sollte der Wissenserwerb wieder in den Vordergrund gerückt werden. Es geht nicht nur um Kompetenzen, diese sollen und können im Unterricht, in den Pausen angewandt und geübt werden. Aber in einer Wissensgesellschaft kommen wir nicht darum herum, Wissen auch zu erwerben. Um den elektronischen Medien gewachsen zu sein und erkennen zu können, was wichtig ist und was nicht, braucht es eben Wissen.

Weiters sollte die Schule wieder ein Ort der Ruhe werden. Unsere Kinder sind so vielen Ablenkungen ausgesetzt, dass sich die Schule hier geradezu anbietet, ein Ruhepol zu sein. Wichtig ist auch, die Eltern in die Pflicht zu nehmen, denn ohne sie sind die besten Bestrebungen wirkungslos. Bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen eint uns sicher eines: dass es uns ein gemeinsames Anliegen ist, unsere Kinder und Jugendlichen bestmöglich auf das Leben vorzubereiten.



© Parlamentsdirektion/WILKE

**Monika Mühlwerth**

**Vorsitzende der  
Bundesratsfraktion der FPÖ**

## Ein wenig europäisch reformiert

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben im Frühjahr 2015 das Rederecht im Bundesrat erhalten. Das ist die wohl wichtigste Neuerung, die im vergangenen Jahr im Bundesrat beschlossen wurde – mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und den Grünen. Diese Entscheidung passt gut zu der immer europäischer werdenden Perspektive des Bundesrates. Tatsächlich hat sich der Bundesrat zu einer Europakammer entwickelt. Durch den Vertrag von Lissabon sind dem Bundesrat die Instrumente der Subsidiaritätsprüfungen, -rügen sowie Mitteilungen an die Kommission in die Hand gegeben worden, und der Bundesrat arbeitet intensiv an dieser politischen Gestaltung Europas.

Dabei geht es um für die Bürger und Bürgerinnen Österreichs wichtige Fragen. Um nur ein Beispiel zu nennen: die neue Richtlinie zur Telekommunikation in Europa. Handys und Internet sind mittlerweile nicht wegzudenkende Utensilien des alltäglichen Lebens, sowohl beruflich als auch privat. Wenn die Europäische Kommission hier Änderungen plant, dann hat dies direkte Auswirkungen auf jeden und jede. Die Abschaffung der Roaming-Gebühren darf etwa nicht zu Lasten der Tarife und der Preisgestaltung im Land gehen und der Datentransport im Internet muss neutral gestaltet werden. Kundinnen und Kunden dürfen nicht gezwungen werden, gewisse Dienste in Anspruch zu nehmen, nur weil Daten dieser Dienste besser und schneller durch die Leitungen gehen, während andere Dienste diskriminiert werden. In der föderalen Frage, wie sich der Bundesrat bundespolitisch positionieren und verändern kann, ist jedoch weiter nichts passiert. Eine Aufgabe für das kommende Jahr – und wohl auch weiterhin viele Jahre darüber hinaus.



© Parlamentsdirektion/WILKE

**Marco Schreuder**

**Vorsitzender der  
Bundesratsfraktion der Grünen**

# Inhalt

## Grußworte der Präsidentinnen

### Statements der Fraktionsvorsitzenden

#### Duale Ausbildung

Gelungene Ausbildung, Vorbild für Europa und Chance für Frauen ..... 5

#### Berufs- und Bildungschancen Jugendlicher

Verborgene Talente erkennen und fördern ..... 12

#### Trauer um Barbara Prammer

Abschied von einer aufrechten Demokratin ..... 20

#### Kärntner Präsidentschaft – Die Schwerpunkte

Vorsitzland Kärnten: Erinnern, Versöhnen, Zukunft gestalten ..... 24

Internationale Kontakte ..... 26

Europäische Union ..... 29

Gedenken ..... 33

Jugendliche ..... 34

Bilanz ..... 36

#### Stimmen aus Kärnten

*Peter Kaiser*: Starke Länder für ein soziales Österreich in Europa ..... 38

Landschaftsmalerei von Tanja Prušnik ..... 39

#### Kärntner Präsidentschaft – Slowenische Zusammenfassung

Z zveznim svetom graditi mostove ..... 40

#### Niederösterreichische Präsidentschaft – Die Schwerpunkte

Vorsitzland Niederösterreich: "Wir sind Gestalter und keine Passagiere!" ..... 42

Internationale Kontakte ..... 46

Europäische Union ..... 47

Bildung ..... 50

Jugendliche ..... 52

Gedenken ..... 55

Bilanz ..... 57

#### Stimmen aus Niederösterreich

*Hans Penz* Wegmarken für Demokratie, Europa und Jugend ..... 58

*Othmar Karas* Bundesrat als europäischer Player ..... 59

#### Statistik

## Gelungene Ausbildung, Vorbild für Europa und Chance für Frauen

**Österreich hat eine der geringsten Jugendarbeitslosenraten Europas. Die Ursache dafür liegt u.a. im Erfolg der kombinierten Berufsausbildung im Betrieb und in der Berufsschule. Am 17. Dezember hörte der Bundesrat im Rahmen der parlamentarischen Enquete "Die Duale Ausbildung in Österreich: Gelungene Ausbildung, Vorbild für Europa und Chance für Frauen" dazu österreichische und internationale ExpertInnen.**

Seit einigen Jahren besuchen ExpertInnen aus aller Welt Österreich, um die hier praktizierte Berufsausbildung zu studieren. Nicht ohne Grund: Während die Arbeitslosigkeit junger Menschen in vielen Ländern dramatische Ausmaße annimmt, ist sie in Österreich noch immer relativ niedrig. Dieser Erfolg muss allerdings auch immer wieder neu erarbeitet werden. Der Bundesrat widmete sich daher in dieser Enquete den aktuellen Herausforderungen und Zukunftsperspektiven sowie vielen mit der Berufsausbildung zusammenhängenden Fragen – etwa dem Imageproblem der Lehre in Österreich. Die Erfolgsgeschichte der Dualen Ausbildung in Österreich skizzierte eingangs BR-Präsidentin Ana Blatnik, wobei sie auf die jüngste Bildungsoffensive "Lehre mit Matura" einging und auf die Ausbildungsangebote für junge Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Problematisch sah Blatnik,

dass Frauen nach wie vor in erster Linie als Verkäuferinnen, Friseurinnen und Sekretärinnen arbeiten, obwohl Entlohnung und Familienfreundlichkeit in diesen Berufszweigen weit unterdurchschnittlich seien.

### Errungenschaft und Weiterentwicklung

"Die Duale Ausbildung ist eine besondere Errungenschaft der österreichischen Schullandschaft, die von einer multilateralen Partnerschaft mit den SozialpartnerInnen und den Ländern getragen wird", sagte Bundesministerin für Bildung und Frauen, Gabriele Heinisch-Hosek. Österreich liege bei der Beschäftigung junger Menschen hervorragend, während in der EU Arbeitslosenquoten von über 20 % Anlass zur Sorge geben. Österreich verzeichne bildungspolitische Erfolge, komme bei den EU-2020-Zielen



Bundesratspräsidentin Ana Blatnik (Mitte) mit BR-Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska (2. v.li) und EnqueteteilnehmerInnen am Präsidium des Bundesratssitzungssaales © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

voran, etwa bei der Akademikerquote, und erreiche die Ziele bei der Jugendbeschäftigung und bei den Maßnahmen gegen den Abbruch von Ausbildungsgängen schon jetzt. Zukünftige Herausforderungen sah die Ministerin im Rückgang der Lehrlingszahlen aus demografischen Gründen sowie in der starken Konzentration der Berufswahl auf klassische Lehrberufe, obwohl 200 qualifizierte Lehrausbildungen angeboten werden. Dies gelte insbesondere für Frauen, die sich bevorzugt für Verkäuferin, Bürokauffrau und Friseurin entscheiden, obwohl Lehrlinge im letzten Lehrjahr in männerdominierten Berufen fast doppelt so viel verdienen wie eine Friseurin. Die Ministerin setzt auf bessere Information der jungen Menschen über Ausbildungsangebote. Sie stellte Informationsoffensiven dar und plädierte dafür, die verbindliche Übung "Berufsorientierung" auszuweiten sowie den Kontakt zwischen Betrieben und Schulen auszubauen. Hervorragende Arbeit an der Nahtstelle zwischen Schule und Dualer Ausbildung leisten die polytechnischen Lehrgänge, lobte Heinish-Hosek.

Insbesondere aus frauenpolitischer Sicht machte sich die Ministerin dafür stark, die Zahl der Unterrichtsstunden in der Dualen Ausbildung auf 1.260 für alle anzuheben, weil sowohl die fachspezifischen Grundlagen als auch Sozialkompetenzen

zu den Voraussetzungen jeder erfolgreichen Berufslaufbahn zählen. Dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft dienen überbetriebliche oder integrative Ausbildungen, berichtete die Ministerin und dankte an dieser Stelle der Wirtschaft, die jungen Menschen mit Behinderungen Berufschancen biete. Auch Heinish-Hosek schilderte die Berufsoffensive "Lehre mit Matura" als eine Erfolgsgeschichte und gratulierte den 2.481 Lehrlingen, die bislang auf diesem Weg zu einem Lehrabschluss und zu einer Matura zugleich gelangt sind. Heinish-Hosek bekannte sich nachdrücklich zur Erhöhung der Systemdurchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungswegen.

### Image der Fachkräfteausbildung

Ein Vorbild mit Leuchtturmfunktion für andere Länder sah Staatssekretär Harald Mahrer in der Dualen Ausbildung Österreichs. Vorweg machte Mahrer auf die erstaunliche Tatsache aufmerksam, dass der großen internationalen Anerkennung, die die Duale Ausbildung Österreichs genieße, ein bemerkenswert geringes Image der Lehre in Österreich gegenüberstehe. Es gelte daher, die Lehrausbildung zu attraktivieren und angesichts der dynamischen Veränderungen in der Wirtschaft, v.a. in der Produktion, wo die Automatisierung rasch voranschreite, weiterzuentwickeln. Mit den Anforderungen an die Lehre steige die Notwendigkeit, die Förderung in Kindergärten



Frauenministerin Gabriele Heinish-Hosek  
Fotos © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz



Staatssekretär Harald Mahrer

und Volksschulen auszubauen. Die Zahl junger Menschen, die ohne weitere Qualifikation aus der Pflichtschule auf den Arbeitsmarkt kommen, müsse kleiner werden, sagte der Staatssekretär. Er betonte auch die Bedeutung der Persönlichkeitsentwicklung und eines verbesserten öffentlichen Images der Lehrausbildung, wobei er vorschlug, statt von "Lehre" von "Fachkräfteausbildung" zu sprechen. Zu Mahrers Visionen zählt ein höheres Niveau der Ausbildung, weil dies auch zu einer besseren Bezahlung der AbsolventInnen führen würde. Auch der Staatssekretär hielt es für notwendig, junge Frauen für technische Ausbildungen zu begeistern.



### Berufsausbildung und lebenslanges Lernen

Der Direktor der Schweizer Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Stefan Wolter, fragte, warum die duale Berufsausbildung in Österreich, Deutschland und der Schweiz neuerdings Anerkennung finde und die noch vor wenigen Jahren starke Kritik an dieser Form der Berufsausbildung verstummt sei. Noch vor kurzem habe man ausschließlich auf akademische Ausbildung gesetzt, weil es hieß, länger ausgebildete Menschen hätten ein geringeres Arbeitslosenrisiko. Übersehen wurde, dass auch die Berufsausbildung zu einem tertiären Bildungsabschluss führt, wobei Wolter die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungslaufbahnen lobte. Außerdem seien höhere



Stefan Wolter

Tertiärquoten in anderen OSZE-Ländern vielfach auf die Herabsetzung von Standards zurückzuführen. Dem Argument, die Ausbildung in einem einzigen Beruf sei eine inadäquate Vorbereitung auf ein langes Erwerbsleben, dessen einzige Konstante der unvorhersehbare Wandel sei, trat der Experte u.a. mit

der Ansicht entgegen, die effizientere Art mit Veränderungen umzugehen, sei in jedem Fall lebenslanges Lernen.

Vor wenigen Jahren wurde Berufsausbildung mit "Old Economy" gleichgesetzt und als "New Economy" Dienstleistungen und Informatik betrachtet, denen angeblich die Zukunft gehörten. Heute setze man in den USA auf die Reindustrialisierung und beginne zu verstehen, dass es ohne hochstehende Berufsausbildung keine hochstehende Produktion und ohne hochstehende Produktion keine hochstehende Berufsausbildung geben könne. In der Berufsausbildung gehe es keineswegs nur um Handwerk, sondern um viele moderne Berufsbilder, insbesondere auch in der Informatik, klärte Wolter auf.

Lob für "Work based Learning" sei modern geworden, aber nicht aus Einsicht, sondern aus neuen Interessen seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Angesichts großer Jugendarbeitslosigkeit suche man nach raschen Lösungen und darin liege Gefahr für die Berufsausbildung, wenn kurzfristige Hoffnungen enttäuscht werden. Berufsausbildung sei für Länder, die sich mangels öffentlicher Finanzen Allgemeinbildung für alle nicht mehr leisten könnten, eine Alternative. Es sei aber nicht einfach, Unternehmen zu überzeugen, sich in der Ausbildung zu engagieren. Es brauche viele ausgebildete Berufsleute, die sich auch in neu gegründeten Unternehmen für die Berufsausbildung engagierten. Für problematisch hält Wolter das mangelnde soziale Ansehen der Berufsausbildung, v.a. bei AkademikerInnen und LehrerInnen. Der Schweizer Experte attestierte der dualen Berufsausbildung in den deutschsprachigen Ländern gute Chancen für die Zukunft, sah aber Handlungsbedarf bei der Vorbereitung dual ausgebildeter Menschen auf das lebenslange Lernen. Wolter warnte vor übertriebenen "Heilerwartungen" an die Duale Ausbildung in anderen Ländern, sollten diese nicht eingelöst werden können. Die Berufsausbildung sei nicht außerhalb des Bildungswesens zu denken; duale Berufsausbildung könne nur erfolgreich sein, wenn sie arbeitsmarktnahe sei, zugleich aber innerhalb des Bildungssystems bleibe – außerhalb dessen bleibe sie eine zweitklassige Ausbildung. Den gesellschaftlichen Konsens über die Vorzüge der Berufsausbildung will der Schweizer Forscher verstärkt durch wissenschaftliche Evidenz belegen.

### Gleichwertige Bildungswege: Lehre und Schule

Unter der Diskussionsleitung von BR-Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska eröffnete die Präsidentin der Wirtschaftskammer Niederösterreich, Bundesrätin Sonja Zwagl, die Diskussion mit der Feststellung, die Duale Ausbildung sei das Rückgrat der Fachkräfteausbildung und damit der Wirtschaft insgesamt. Zu deren weitere Entwicklung schlug Sonja Zwagl vor, eine flächendeckende und begabungsorientierte Berufs- und Bildungsberatung in der siebenten Schulstufe unter Einbindung der Eltern einzuführen. Berufs-

und Bildungsorientierung sollte insbesondere auch an AHS als Pflichtfach vorgesehen und die wirtschaftsbezogene Ausbildung der LehrerInnen vertieft werden.

Zwazl möchte auch das Bewusstsein dafür stärken, dass die Lehre eine hochqualifizierte Ausbildung darstellt, die mit der Schule als gleichwertig angesehen wird. Dies sei auch notwendig, um die Betriebe bei ihrer Suche nach Fachkräften zu unterstützen. Da die Anforderungen der Lehre massiv zugenommen haben, bedürfe es zwischengelagerter Abschlüsse für die Jugendlichen. Schließlich sollten Lehrabschlüsse fachspezifische Uni-Zugänge ermöglichen. "Ein Mechatronik-Lehrabsolvent ist auf ein Technikstudium genauso gut vorbereitet wie ein AHS-Absolvent", sagte Zwazl, die nicht nur die Lehre mit, sondern auch die Lehre nach der Matura forcieren will.

### Erfolge und Ziele der ÖBB in der Lehrlingsausbildung

Die Diversity-Beauftragte der ÖBB-Holding, Traude Kogoj, berichtete über die Ausbildung von derzeit 1.780 Jugendlichen bei den ÖBB, das sind 2 % aller Lehrlinge in Österreich. 98 % der ÖBB-Lehrlinge schließen ihre Ausbildung ab, 60 % von ihnen mit ausgezeichnetem oder gutem Erfolg. Lehrlinge, die nicht bei den ÖBB bleiben, werden rasch in andere Unternehmen weitervermittelt. Ziel der ÖBB sei es, mehr Frauen und Mädchen in das Unternehmen zu holen, sagte Kogoj und informierte darüber, dass seit 2014 erstmals auch Frauen als Gleisbautechnikerinnen ausgebildet werden. Die "Diversity-Charta" der ÖBB hat das Ziel, den Anteil weiblicher Lehrlinge

bis 2020 von derzeit 16 % auf 20 % zu steigern. Zudem kooperieren die ÖBB mit den technischen Universitäten in der Ausbildung und mit dem AMS bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, berichtete Traude Kogoj.

### Qualitätssicherung für Lehre und mehr Berufsschulstunden

Die Leiterin der Lehrlings- und Jugendschutzabteilung der Arbeiterkammer Wien, Edith Kugi-Mazza, beklagte, dass die Duale Ausbildung in Österreich oft nur als dritte Wahl betrachtet und ihre Erfolge von den Menschen nicht wahrgenommen würden. Verbesserungsbedarf ortete die Expertin, da 5 % der Lehrlinge nicht zur Abschlussprüfung antreten und ein Fünftel die Lehrabschlussprüfung erst im zweiten Anlauf schaffen. Die Lehrausbildung werde gefördert, was fehle, sei eine Koppelung der Förderungen an das Erreichen bestimmter Bildungsstandards. Auch die Einführung einer Qualitätssicherung ist für Kugi-Mazza ein Thema. Die Berufsschulzeit sollte ausgedehnt werden, insbesondere auch bei Lehrberufen mit einem hohen Frauenanteil.

### Lernen am Arbeitsplatz – am besten lebenslang

Alfred Freundlinger (Wirtschaftskammer Österreich) betonte die Notwendigkeit lebenslangen Lernens sowie den pädagogischen Wert der Kombination aus Lernen am Arbeitsplatz und in der Schule. Dies werde nur deshalb geringgeschätzt, weil es nicht dem akademischen Bildungsideal entspreche. Lehrlinge sind in der Bildungshierarchie "unten" ange-



David Gollinger  
© Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz



Traude Kogoj



Alfred Freundlinger

siedelt. Zudem bestehe Misstrauen gegenüber Betrieben als Bildungsträgern, klagte Freundlinger. Da es für die Unternehmen immer schwieriger werde, Lehrlinge zu finden, sei die duale Berufsbildung im Bildungssystem und in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken.

### Vorzüge der Dualen Ausbildung sollen sichtbar werden

Thomas Mayr (Institut der Bildungsforschung der Wirtschaft) sah die Duale Ausbildung in Österreich ebenfalls als ein internationales Best-Practice-Modell, ortete aber zugleich Handlungsbedarf, da die Zahl der Lehrbetriebe zurückgehe und die Betriebe zunehmend Probleme hätten, geeignete Lehrlinge zu finden. Problematisch sei, dass die Duale Ausbildung im Inland wesentlich weniger gut beurteilt werde als im Ausland. "Wir brauchen ein gemeinsames Bild der Stärken der Dualen Ausbildung", sagte Mayr, der keinen Anlass sah, bei der Weiterentwicklung von einer Defizitagenda auszugehen: "Machen wir die Vorzüge der Lehrlingsausbildung sichtbar", sagte er. Außerdem sollte man den tertiären Sektor der Berufsausbildung – Meisterprüfungen und Werkmeisterschulen – nach Schweizer Vorbild unter ein Dach bringen und den Universitäten als gleichwertige Säule des Bildungssystems zur Seite stellen.

### Mehr Transparenz im Berufsausbildungssystem

Der Leiter des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung, Peter Schlögl, würdigte das Berufsaus-

bildungssystem als regional und organisatorisch sehr flexibel. Es biete integrative Berufsausbildung und sei durch "Lehre mit Matura" und Berufsreifeprüfung sehr durchlässig. Zugleich verwies er auf nicht zukunftsfähige Anachronismen im Berufsausbildungsgesetz und problematisierte den Begriff "Lehrling". Die Duale Ausbildung sei regional und organisatorisch vielfältig und garantiere daher Flexibilität, an manchen Stellen leide darunter aber die Transparenz. Der Experte schlug ein Qualitätssicherungsverfahren, die Aufwertung der Berufsschule und die Erweiterung der Berufsschulzeit vor. Außerdem riet er dazu, die enorme Belastung der Lehrlinge zu beachten, und hielt es für wichtig, bei der Wahl von Berufsbezeichnungen Genderaspekte zu berücksichtigen.

### Lehrlinge brauchen LehrerInnen mit Persönlichkeit

Der Direktor der Berufsschule Villach, Walter Werner, befasste sich schwerpunktmäßig mit der Persönlichkeitsbildung in der Dualen Ausbildung, der er großen Stellenwert beimaß, und betonte, dass es in der Dualen Ausbildung Lehrpersönlichkeiten brauche, die junge Menschen fördern und unterstützen. Beim Thema Durchlässigkeit meinte Werner, die formalen Voraussetzungen seien gut, die Durchlässigkeit könne aber nur mit mehr Initiative und Engagement verbessert werden. Wichtig sei es, dass Betriebe in die Lehrausbildung investierten und die Inhalte der Ausbildung so gewählt würden, dass man sie auch noch nach Ende der Lehrausbildung nützen könne.



Thomas Mayr



Edith Kugi-Mazza



Peter Schlögl

### Weiterbildung auch für alle LehrabsolventInnen

Der Lehrlingsstellenleiter in Wien, Erich Huber, setzte sich mit dem zunehmenden Rückgang an jungen Menschen auseinander, die sich für Lehrausbildungen melden. Wertschätzung mahnte der Experte für die Arbeit der LehrlingsausbilderInnen ein, zudem sei die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu verbessern und insbesondere die Information junger Menschen in den Schulen, von denen ein Großteil der Lehrlinge komme. "Lehre mit Matura" sei ein wichtiges Projekt, man sollte aber nicht vergessen, auch über Weiterbildungsmöglichkeiten nach einer Lehre ohne Matura zu informieren, insbesondere über die neuen Berufsakademien.

### Erfahrungen und Vorschläge junger Menschen

David Gollinger sprach als stv. Bundesschulsprecher zwei zentrale Forderungen für Lehrlinge an: Die Lehrlinge tragen einen unverhältnismäßig hohen Teil der Kosten ihrer Ausbildung selbst. Die Vertretung der BerufsschülerInnen sehe hier eine Ungerechtigkeit im Bildungssystem, die behoben werden müsse, sagte er. Weiters sollten Lehrlinge leichter Zugang zu Bildungsprogrammen im Ausland finden, wie sie im Rahmen von Erasmus+ angeboten werden.

Die Sicht auf den Alltag von BerufsschülerInnen brachten schließlich Nadine Stoxreiter und David Traun ein. Sie besuchen die Berufsschule I Villach, die "Lehre mit Matura" anbietet. Ihre Erfahrungen schilderten sie als durchaus positiv. Lehre mit Matura sei ein zukunftsweisendes Modell, das viele Möglichkeiten eröffne, sagten die Jugendlichen. Sie stimmten aber auch darin überein, dass die Anforderungen einer doppelten Ausbildung sehr hoch sind und v.a. ein großes Maß an Selbstdisziplin und Einsatz verlangen.

### Diskussionsrunde

An die Fachreferate der Bundesrats-Enquete über die Perspektiven der Dualen Ausbildung in Österreich schloss sich eine Diskussionsrunde. An ihr nahmen neben BundesrätInnen, Nationalratsabgeordneten auch VertreterInnen der Landtage, der Berufsschulen und der Landesschulinspektionen teil. Die Duale Ausbildung sei ohne Zweifel ein bewährtes System, aber aufgrund der wirt-

schaftlichen und sozialen Entwicklungen müsse man sich mit vielen neuen Fragen auseinandersetzen und das Image verbessern, so der Tenor.

Die Umsetzung der in der Enquete aufgezeigten Punkte stelle eine Herausforderung an die Politik dar, resümierte Bundesratspräsidentin Ana Blatnik die Diskussion.

Die Jugend sei gewillt, die Chancen, die sich ihr in der Berufsausbildung bieten, zu ergreifen. Die Politik müsse bereit sein, sie dabei zu unterstützen.

Als wesentlicher Faktor für das Funktionieren der Dualen Ausbildung in der Praxis wurde die Zusammenarbeit zwischen der regionalen Wirtschaft und den Berufsschulen genannt. Hier werde Sozialpartnerschaft gelebt, unterstrich BR Gottfried Kneifel (ÖVP/OÖ). Österreich könne es sich nicht leisten, Talente zu verlieren. BR Günther Köberl (ÖVP/OÖ) hob den Wert der Zusammenarbeit mit den Betrieben für die Polytechnischen Schulen hervor. Wichtig sei, SchülerInnen früher und intensiver Angebote der Berufsorientierung zu geben, als es jetzt oft der Fall sei. Notburga Astleitner, LT-Abg. aus OÖ, verwies darauf, dass in dieser Frage die Rolle der Eltern nicht außer Acht gelassen werden dürfe, auch sie müssten in diese Zusammenarbeit von Betrieben und Schulen eingebunden werden.

Die Rolle der Eltern sprach auch Brigitte Jank, die Bildungssprecherin der ÖVP im NR, an. Man müsse den Eltern klar machen, dass eine Lehre die Bildungskarriere nicht verbaue, sondern das Gegenteil der Fall sei. Als wichtigen Aspekt hob sie die Stärkung der Schulautonomie hervor. Alfred Lehner, Direktor der Neuen Mittelschule Markt Allhau, berichtete vom Beispiel der Bildungsregion Südburgenland. Dort werde vor Ort versucht, die angesprochenen Probleme zu lösen, sagte er. Seiner Erfahrung nach stellt die Vernetzung der Bildungseinrichtungen einen wichtigen Aspekt in der Förderung von Talenten dar.

Für BR Stefan Schennach (SPÖ/W) ist Mobilität ein wichtiger Faktor für die Zukunft der Dualen Ausbildung. Die Entwicklungen in den Bereichen Energie oder neuer Technologien würden sich noch nicht in modernen Lehrberufen abbilden. BR Franz Perhab (ÖVP/St) sagte, AbsolventInnen im Bereich der Tourismusberufe seien zwar

im Ausland sehr geschätzt und erfolgreich. In Österreich gebe es jedoch ein zunehmendes Problem, Lehrlinge zu finden. Perhab wandte sich dabei gegen Forderungen einer Verlängerung der Berufsschulausbildung. Es gelte auch die Bedürfnisse der Betriebe zu berücksichtigen, sagte er.

Der Wiener LT-Abg. Peter Florianschütz befand hingegen, dass die Berufsschulstunden im Allgemeinen eher knapp bemessen sind. Das Modell der Lehre mit Matura stelle hohe Anforderungen und sei nur für einen kleinen Teil der Lehrlinge eine tatsächliche Option. Auch Dietmar Vollmann als Vertreter des Landesschulrates für die Steiermark meinte in diesem Zusammenhang, die Länge der Berufsschulzeiten sei ein Punkt, den man neu bewerten müsse. Landesschulinspektorin Gerlinde Pirc, Vertreterin des Landesschulrates OÖ, stellte fest, das Stundenpensum der Berufsschulen sei zu hinterfragen. Es gebe zu wenig zeitlichen Spielraum, um SchülerInnen spezielle Förderung angedeihen zu lassen.

Die Verbesserung des Images der Lehre stand im Mittelpunkt mehrerer Wortmeldungen. Dabei wurde eine Angleichung der Ausbildungsniveaus in der Berufsausbildung und bei der akademischen Bildung hervorgehoben. Judith Roth als Vertreterin der LehrerInnen von Berufsschulen verwies auf die Bestrebungen, berufliche Qualifikationen anzugleichen. Die theoretischen Forderungen, die im Europäischen und im Nationalen Qualifikationsrahmen ausgedrückt sind, etwa dass ein Meisterabschluss dem Niveau eines Master entspricht, sollten bald realisiert werden. Auch Anton Mattle, Vizepräsident des Tiroler Landtags, sah im Nationalen Qualifikationsrahmen eine große Chance für die Duale Ausbildung.

Grundsätzliche Fragen des Bildungssystems sprach auch BR Monika Mühlwerth (FPÖ/W) an. Viel Potenzial für spätere Lehrberufe gehe leider bereits in der Grundschulbildung verloren. Immer noch gebe es zu viele Jugendliche, die nach der neunten Schulstufe keine weitere Ausbildung beginnen, nicht zuletzt deshalb, weil ihre Schulbildung mangelhaft sei. Grundlegende Kulturkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen müssten wieder stärker gefördert werden und Tugenden wie Selbstdisziplin einen höheren Stellenwert bekommen.

NR-Abg. Rouven Ertlschweiger (TEAM STRONACH) sagte, Österreich stehe vor der Herausforderung, qualifizierte Fachkräfte für eine neue industrielle Realität zu finden. Die Begeisterung für MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) müsse so früh wie möglich geweckt und unterstützt werden. Christian Höbart, FPÖ-Abg., meinte, es müsse mehr Bewusstsein geschaffen werden, dass erfolgreiche Berufskarrieren gerade im Unternehmensbereich nicht nur über eine akademische Ausbildung erreicht werden können. Österreich brauche den Mut zur Förderung von besonderen Talenten und zu einer richtig verstandenen Elitenförderung.

BR Heidi Reiter (GRÜNE/Sbg) sah ein zentrales Problem des österreichischen Bildungssystems darin, dass immer noch die Matura als "Eintrittsschein in die Gesellschaft" verstanden werde. Ein wichtiger Schritt, damit Talente nicht verloren gehen, sei die gemeinsame Schule bis 14 Jahre. Um das Image von Lehrberufen zu verbessern, müsse man nicht zuletzt bei dem Begriff Arbeit ansetzen, meinte sie. In der Politik sei die Diskussion der letzten Jahrzehnte dazu noch nicht angekommen.

Die Rolle von gendersensibler Pädagogik im Bemühen, Mädchen für technische Berufe zu begeistern und mehr Gerechtigkeit im Beruf zu erreichen, hob BR Susanne Kurz (SPÖ/Sbg) hervor. Wolle man Stereotypen der Berufswahl durchbrechen, müsse man bereits im Kindergarten ansetzen, sagte sie.

NR-Abg. Elisabeth Grossmann (SPÖ) resümierte, die Berufsschulen spielten eine wichtige Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie seien auch ein Ort der Persönlichkeitsentwicklung. Die zahlreichen Anregungen, die die Enquete gebracht hat, sollten auch im Unterausschuss des Unterrichtsausschusses des Nationalrates aufgenommen werden.

Das Stenographische Protokoll zu dieser Enquete steht im Web-Angebot des Parlaments online zur Verfügung ([www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at), Menüpunkt: Parlament aktiv, weiter: Parlamentarische Enqueten und Enquete-Kommissionen).

*(Quellen: Parlamentskorrespondenz Nr. 1232 und 1233, 17.12.2014)*

## Verborgene Talente erkennen und fördern

**Vor welchen Herausforderungen arbeitslose Jugendliche ohne Ausbildung stehen, was das für den heimischen Arbeitsmarkt bedeutet und wie das Bildungswesen gegensteuern kann: Diesen Fragen widmete sich der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2015 intensiv – u.a. im Rahmen internationaler Gespräche, in einer Enquete und in einer Plenardiskussion.**

Der Zugang zu Bildung und Beruf ist eine lebensbestimmende Schlüsselfrage für junge Menschen. Angesichts eines schwierigen und im raschen Wandel befindlichen wirtschaftlichen Umfelds stellt besonders das Anwachsen der Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden (**"Not in Education, Employment or Training – NEET"**) eine Herausforderung an die Politik dar. Dieses Thema bildete deshalb einen Schwerpunkt im zweiten Halbjahr 2015 während der niederösterreichischen Präsidentschaft unter der Leitung von Sonja Zwazl.

### Vorbildcharakter der Lehrlingsausbildung

Das heimische System der Berufsausbildung hat Vorbildcharakter für Irland. Irische Abgeordnete, die Ende Mai 2015 das Parlament besuchten, zeigten bei einem Meinungsaustausch mit österreichischen MandatarInnen vor allem Interesse an der Dualen Ausbildung in Betrieb und Schule, der Vielfältigkeit des Angebots an Lehrberufen sowie der Möglichkeit, eine Berufsreifeprüfung zu absolvieren. Die irische Delegationsleiterin Joanna Tuffy ließ dabei anklängen, dass sich Irland bei der bevorstehenden Reform seiner Berufsausbildung auch am österreichischen System orientieren werde.

Abg. Josef Muchitsch, der als Obmann des Sozialausschusses das Gespräch leitete, führte die Stärke des österreichischen Systems der Berufsausbildung auf den Umstand zurück,

dass nicht der Staat, sondern die Wirtschaft die Lehrlinge ausbildet. Auch würden in Österreich klare Regelungen zwischen Ausbildungsbetrieben und Lehrlingen bestehen



BR-Präsidentin Sonja Zwazl  
Fotos © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Markus Wache



Staatssekretär Harald Mahrer

– von der Dauer der Lehrzeit über die Ausbildung in der Berufsschule bis hin zur Bezahlung. BR-Präsidentin Sonja Zwazl betonte im Rahmen dieses Gesprächs, eine Lehre sei eine hochwertige, zukunftsorientierte Ausbildung, die aber die Wertschätzung der Gesellschaft brauche. Sie sprach in diesem Zusammenhang ebenso wie Josef Muchitsch von einem Imageproblem der Lehre, was auch Marie Louise O'Donnell mit Blick auf die Situation in Irland bestätigte. Aus der Praxis eines ausbildenden Betriebes berichtete Abg. Markus Vogl und bezeichnete es als Herausforderung, Mädchen für technische Lehrberufe zu begeistern. Zudem würden viele Unternehmen SchulabbrecherInnen aus höheren Schulen gegenüber von HauptschulabgängerInnen bevorzugen. Als positiv bewertete er die Durchlässigkeit des österreichischen Schulsystems, wobei er den irischen Gästen das Modell der Berufsreifeprüfung als Anregung

mitgab. Eine kritische Note brachte Abgeordnete Birgit Schatz in die Diskussion ein, die u.a. beklagte, das Angebot an Lehrberufen würde oft nicht den Wünschen der Jugendlichen entsprechen. Dazu komme noch, dass Lehrlinge nach Abschluss ihrer Ausbildung verstärkt Schwierigkeiten haben, eine Beschäftigung zu finden. Themen des Gesprächs waren u.a. auch das Einstiegsalter in die Lehrlingsausbildung und der Facharbeitermangel.

### Enquete des Bundesrates



Bundesminister  
Rudolf Hundstorfer

Anfang Juni bot sich für PolitikerInnen und ExpertInnen im Rahmen einer parlamentarischen Enquete "Schlummernde Talente: Perspektiven für Jugendliche und junge Erwachsene (NEETs)" die Gelegenheit, sich über die Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik

und die Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene auszutauschen. Eröffnet wurde die Enquete von BR-Präsidentin Sonja Zwazl. Weitere Einleitungsreferate hielten Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Staatssekretär Harald Mahrer und Mario Steiner vom Institut für Höhere Studien. Einig waren sich die RednerInnen, zur Verbesserung der Zukunftschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen brauche es vor allem gute Bildung, die für den Arbeitsmarkt qualifiziert und zielgerichtet Stärken fördert.

#### Enquete als "Weckruf für Talente"

"Jeder junge Mensch verfügt in diesem oder jenem Bereich über besondere Begabungen", zeigte sich Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl in der Eröffnungsrede zur Enquete überzeugt. Viel zu oft würden jedoch

Begabungen von den Jugendlichen selbst und ihrem Umfeld einfach übersehen, mit schwerwiegenden Folgen für ihr Selbstbewusstsein und ihr weiteres Leben. Sie hoffe, dass aus der Veranstaltung ein Weckruf für unerkannte und verborgene Talente und damit für diese jungen Menschen entstehe, sagte Zwazl. Die Politik und letztlich die gesamte Gesellschaft dürften nicht tatenlos zusehen, wenn junge Menschen völlig aus dem Rahmen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens fallen, forderte Zwazl. Das nicht nur deshalb, weil die Folgekosten für unser Sozialsystem enorm seien und Jugendliche, die ihren Weg nicht finden, zum Risikofaktor für die gesamte Gesellschaft werden könnten. "Nicht zusehen dürfen wir vor allem, weil jeder einzelne Mensch wertvoll ist. Die Würde des Menschen ist unteilbar", unterstrich Zwazl. Daher dürfe niemand zurückgelassen werden.

#### Bildungsabschluss für alle 18-Jährigen

Sozialminister Rudolf Hundstorfer leitete sein Statement mit der Feststellung ein, dass sich heute für Menschen ohne formalen Bildungsabschluss kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Österreich unternehme deshalb viel, um nachträgliche Qualifizierungen zu ermöglichen. Einen neuen Ansatz versuche man mit dem Jugend- bzw. Lehrlings-Coaching. Hier gehe es darum zu verhindern, dass es zum vorzeitigen Abbruch einer Ausbildung kommt. Für das Programm, das jährlich 30.000 Jugendliche erreicht, wende man pro Jahr 25 Millionen Euro auf. In den zwei Jahren seiner Laufzeit sei es bereits gelungen, die Zahl der frühzeitigen Schulabbrüche nachweislich zu senken, hob Hundstorfer hervor.

Der Sozialminister erläuterte auch das Projekt der Regierung, eine Ausbildungsverpflichtung bis zum 18. Lebensjahr einzuführen. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Jugendlichen mehr als einen Pflichtschulabschluss erwerben. Diese Verpflichtung enthalte auch ein Recht auf Ausbildung, betonte der Minister. Als Beginn ist das Schuljahr 2016/17 geplant.

#### Nationaler Schulterschluss für Bildungssystem

Staatssekretär Harald Mahrer nahm den derzeit ablaufenden

den tiefgreifenden wirtschaftlichen und technologischen Wandel zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Das Bildungssystem stehe angesichts der enormen Dynamik dieser Entwicklung vor riesigen Herausforderungen, sagte er. Derzeit sei das österreichische Schulsystem eindeutig nicht in der Lage, Talente ausreichend zu erkennen und zu fördern. Dazu müsse man im Bereich der frühkindlichen Förderung und der Elementarpädagogik ansetzen. Nur darauf können weitere Schritte im Bildungssystem aufbauen, unterstrich Mahrer. Er halte deshalb eine tertiäre Ausbildung zumindest eines Teils der ElementarpädagogInnen für erstrebenswert. Der Staatssekretär rief zu einem nationalen Schulerschluss für das Bildungssystem auf. Die Talentförderung müsse ganz neu gedacht werden. Er hoffe, dass eine sachliche Diskussion über alle aktuellen Fragen des Bildungssystems entstehe, schloss Mahrer seine Ausführungen.

#### Handlungsfelder für die Zukunft

Mario Steiner (Institut für Höhere Studien) erläuterte die Ergebnisse einer 2013 von der Universität Linz durchgeführten Studie über NEET-Jugendliche in Österreich. Der Umfang des Problems könne aufgrund neuer Daten besser als bisher erfasst werden. Statt der bisher geschätzten 7-9 % oder 45.000 frühen BildungsabbrecherInnen bei den 15- bis 24-Jährigen liege das Problem eher in der Größenordnung von 12 % bzw. 128.000 Personen. Es handle sich um ein vor allem städtisches Problem und betreffe überdurchschnitt-

lich Jugendliche mit Migrationshintergrund. Der fehlende Abschluss wirke sich in weiterer Folge auf die Chancen am Arbeitsmarkt aus und münde oft in sozialer Ausgrenzung. Eine reine Verlängerung der Schulpflicht sei nicht die Antwort, da die oft sehr individuellen Gründe für einen fehlenden Abschluss dadurch nicht beseitigt würden, meinte Steiner. In Österreich habe man sehr lange mit einem "defizitorientierten Kompensationsansatz" in Form von Angeboten zur Nachqualifizierung reagiert. Das Angebot sei sehr breit, allerdings teilweise unkoordiniert. Steiner bewertete den aktuellen Ansatz, der im Jugend-Coaching zum Ausdruck kommt, jedoch als vielversprechend. Auch das Konzept des lebenslangen Lernens der EU sei ein richtiger Ansatz, doch fehle es hier an budgetärer Ausstattung und Strukturen.

Steiner sah drei Handlungsfelder, um das Problem des frühzeitigen Bildungsabbruchs in den Griff zu bekommen. Als Erstes sei es notwendig, die starke soziale Selektivität, die das österreichische Schulsystem aufweise, durch verschiedene Maßnahmen zu steigern. Dazu zähle auch die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen. Weiters müsse die Effektivität des Schulsystems gesteigert werden. Für Steiner ist eine der Bedingungen dafür eine weitreichende Schulautonomie. Als Drittes gelte es, eine politisch erst-gemeinte Strategie gemeinsam mit allen Stakeholdern zu entwickeln. Das schließe auch eine ausreichende Budgetierung ein.



Mario Steiner  
Fotos © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Markus Wache



Sonja Schmöckel



Sebnem Ertl



"AusBildung bis 18"-Initiative – Start 2016

"Alle unter 18-Jährigen sollen nach Möglichkeit eine über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Ausbildung abschließen", zitierte Sonja Schmöckel vom Sozialministerium (BMAK) aus dem aktuellen Regierungsprogramm. Neun Jahre Schulbildung würden einfach für die bestehenden Anforderungen am Arbeitsmarkt nicht mehr ausreichen. Unter dieser Maxime setze die Bundesregierung gemeinsam mit Ländern, Gemeinden, Sozialpartnern und Arbeitsmarktservice (AMS) die Initiative "AusBildung bis 18" um, beginnend mit den PflichtschulabsolventInnen im kommenden Schuljahr und im Vollausbau ab 2016/2017. Ein Gesetzesentwurf dafür befinde sich derzeit in Ausarbeitung. Entsprechend den Interessen und Bedürfnissen jeder/jedes Einzelnen würden den jungen Menschen in Kooperation mit den Schulen schon frühzeitig verschiedene Angebote gemacht, skizzierte die Expertin für Arbeitsmarktförderung: vom Besuch einer höheren Schule, der Absolvierung einer Dualen Ausbildung oder einer reintegrativen arbeitsmarktpolitischen Maßnahme bis hin zur Teilnahme an einem Programm für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf. "Junge Menschen, die keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss verfügen, haben ein dreifaches Arbeitslosigkeitsrisiko", brachte Schmöckel die Problematik auf den Punkt. Ein Fünftel dieser Personengruppe sei armutsgefährdet. Finanzielle Sanktionen sollen laut Schmöckel möglichst

vermieden werden, wenn Minderjährige nicht an der Ausbildungsinitiative teilnehmen, weil dadurch "Personen zusätzlich belastet wären, die ohnehin sozial schwächer sind, und eine Verhaltens- und Bewusstseinsänderung damit kaum verbunden sein würde". Strafzahlungen wären somit erst "gegebenenfalls am Ende eines langen Unterstützungsprozesses" anzudenken.

Best Practice: Produktionsschule Leonding

Wie berufliche und soziale Reintegration konkret aussehen kann, beschrieb Sebnem Ertl, Direktorin der Produktionsschule Leonding bei Linz. Diese Einrichtung des Berufsförderungsinstitutes bfi ermögliche jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren, "die maximal einen Pflichtschulabschluss vorweisen können", erste Schritte in Richtung geregelte Berufsausbildung zu setzen. Psychosoziale Betreuung auf freiwilliger Basis und fachliche Begleitung durch FachtrainerInnen gingen an der Produktionsschule bei der handwerklichen und persönlichen Entwicklung der Jugendlichen, die zu 75 % Migrationshintergrund haben, Hand in Hand. Kontaktschwierigkeiten zwischen Schulteam und TeilnehmerInnen bzw. deren Eltern gebe es aufgrund der unterschiedlichen Migrationsbiografien der BetreuerInnen kaum, so Ertl. Nicht nur die Aneignung theoretischen Wissens stehe im Fokus des pädagogischen Konzepts, sondern auch die Integration als respektvoller Umgang



Dieter Schauffler



Peter Zeitler



Christian Morawek

mit verschiedenen Kulturen, Denkweisen und Werten. "Die Jugendlichen sollen fähig sein, ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich meistern zu können", betonte die im Vorjahr als Integrationsbotschafterin Ausgezeichnete, deren Eltern als ArbeitsmigrantInnen in den 1960er-Jahren aus der Türkei eingewandert waren.

### "Sinngiebende Arbeit"

Näher auf die psychosoziale Dimension von Arbeitslosigkeit in jungem Alter ging Allgemeinmediziner Dieter Schaufler ein. "Sinngiebende Arbeit" nannte der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für tiergestützte Therapie und Leiter des Zentrums Mauritushof im Waldviertel als bestes Mittel, arbeitslose Jugendliche aus dem Gefühl der Wertlosigkeit herauszuführen. Der Mauritushof biete als echter landwirtschaftlicher Betrieb jungen Leuten ohne Perspektive jene "Unterstützung zur Selbsthilfe", die sie benötigten, um eigenverantwortlich über ihr Fortkommen zu entscheiden. Bedeutend seien dabei der geregelte Tagesablauf, abgestimmt auf die artgerechte Versorgung der Tiere und Erfolgserlebnisse in der Arbeit sowie die Vermittlung von sozialen Kompetenzen wie "Teamfähigkeit" durch professionelle BegleiterInnen.

### Bildungssystem als Sprungbrett in die Arbeitswelt

Österreich habe zwar im EU-Vergleich eine relativ geringe Zahl an SchulabbrecherInnen und dank der

dualen Berufsausbildung ein gutes Instrument gegen Jugendarbeitslosigkeit, räumte Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservice (AMS), ein. Doch biete der heimische Arbeitsmarkt für jene, die keinerlei Abschlüsse besitzen, kaum Möglichkeiten, beruflich Fuß zu fassen. "In den letzten 24 Jahren ist die Arbeitslosenquote von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss von 9 % auf rund 24 % gestiegen, hat sich also mehr als verdoppelt!" zeigte er auf und folgerte, vor allem das Bildungssystem sei hier gefragt. Erst nach Ende der Schulpflicht mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu beginnen, "ausgrenzungsgefährdete Jugendliche" bei der gesellschaftlichen Integration zu unterstützen, sei oftmals zu spät. Anzusetzen sei am besten schon bei der frühkindlichen Erziehung, um nachhaltig sozial bedingte Chancenungleichheiten auszuräumen, hielt der AMS-Chef fest.

### Angebot der Berufsorientierung

Welche Lösungen die Wirtschaft in Sachen Ausbildungs- und Berufswahl anbietet, beschrieb Peter Zeitler, Vorstand der WKO-Abteilung für Bildungspolitik. Mit kostenlosen Angeboten der Berufsorientierung bemühe sich die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) um eine "stärkere Verankerung der Berufsinformation in den Schulen", erklärte er. Immerhin sei die Wirtschaft als Betreiberin der Lehrstellen ein Garant für das duale System der Berufsausbildung und habe großes Interesse an gutqualifizierten Fachkräften.



Johannes Kopf  
Fotos © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Markus Wache



Richard Meisel



Andrea Frauendorfer

Positiv vermerkte Zeitler, mit der Lehrplannovelle für allgemeinbildende höhere Schulen werde auch in den AHS-Unterstufen ab dem Schuljahr 2016/2017 eine verpflichtende Unterrichtsstunde Berufsorientierung eingeführt; jedoch brauche es insbesondere an den Schnittstellen am Ende der Schulpflicht bzw. der Sekundarstufe II festgelegte Mindeststandards, auf die hinzuarbeiten ist, denn "in allen Bildungsbereichen soll anstatt einer negativen Auslese die optimale Förderung und Entwicklung aller Talente und Potenziale im Vordergrund stehen".

Um verfrühte Bildungsabbrüche zu verhindern, zog Arbeiterkammer-Bildungsexperte Richard Meisel nach, müsse bei Leistungsschwächen und häufigen Fehlstunden in der Schule möglichst bald interveniert werden. Einige Modelle dafür gebe es bereits – etwa "Stop-Drop-out-Programme" an berufsbildenden höheren Schulen oder niederschwellige Maßnahmen, wie die von Ertl beschriebenen Produktionsschulen. Nötig sei aber noch ein Ausbau der Berufsorientierung in der neunten Schulstufe, meinte er ähnlich wie Zeitler, und eine stärkere Mitwirkung der Schulen, Schulabbruch bei ihren SchülerInnen zu verhindern. Kooperation und Vernetzung zwischen Schulsozialarbeit, Jugendcoaching, LehrerInnen und Schulpsychologie würden sich hier positiv auf die weiteren Bildungsverläufe auswirken: "Vor allem bildungsbenachteiligte Gruppen profitieren überproportional von der verbesserten Zusammenarbeit", zeigte sich Meisel überzeugt.

### Kindergarten und Schule

Zum leichteren Einstieg in die Arbeitswelt bedürfe es neben einer gezielten Berufsorientierung in der Klasse einer umfassenderen schulischen Förderung, bestätigte Christian Morawek vom Österreichischen Verband der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen, der in diesem Zusammenhang auch eine Lanze für qualitativ hochwertige Elementarbildung ab dem ersten Lebensjahr brach. Er sieht überdies die zielführendste Möglichkeit zur Förderung der SchülerInnen in ganztägigen Schulen, vor allem in der verschränkten Form, da sie im Vergleich zu klassischen Halbtagschulen kostenlose Stütz- und Förderkurse in einem vertrauten Umfeld an Stelle teurer Nachhilfe böten. Ein Manko im heimischen Bildungswesen ist für Morawek auch "die frühe Trennung der Bildungswege" nach der vierten Schulstufe, da eine Fehlentscheidung im Alter von zehn oftmals zu einer "Unlust zu lernen" führe.

Eigene Ziele zu definieren und zu verfolgen, diese Fähigkeit müsse die Schule Jugendlichen vermitteln, damit sie selbstverantwortliche Bildungs- und Berufsentscheidungen in einer immer komplexer werdenden Arbeitswelt treffen, resümierte Andrea Fraundorfer, im Bildungsministerium zuständig für Begabungs- und Begabtenförderung sowie Reduktion der Schulabbrecherquote. Die "AusBildung bis 18"-Initiative sei hier neben dem Ausbau ganztägiger Schulformen und einem sensiblen Umgang der Schulstandorte mit potenziellen SchulabbrecherInnen



Doris Wagner



Efgani Dönmez



Monika Mühlwerth



© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Markus Wache

eine wichtige Maßnahme. "Prävention, Intervention und Kompensation", diese Strategien müssten im Bildungswesen ineinandergreifen, um die vielfältigen Risikofaktoren für einen Schulabbruch – von gesundheitlichen Einschränkungen bis zum sozioökonomischen Milieu – bestmöglich auszugleichen.

#### **Bundesrat will Maßnahmen für NEET-Jugendliche**

Der relativ hohe Anteil an Schulabbrecherinnen und -abbrechern im österreichischen Schulsystem, der steigende Anteil Jugendlicher und junger Erwachsener, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden und dies auch nicht unmittelbar anstreben (NEET), sowie die steigende strukturelle Jugendarbeitslosigkeit ist ein Problem, dem sich die Politik nicht verschließen darf, stellte der Bundesrat in

der Plenardebatte am 3. Juni fest. Erforderlich sei eine Anpassung der aktuellen Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildungs- und Berufsorientierung, um diesem negativen Trend entgegenzusteuern, sind die BundesrätInnen überzeugt. Der entsprechende Entschließungsantrag "Bildungs- und Berufsorientierung für Kinder und Jugendliche vom Beginn bis zum Ende ihrer Schulzeit (244/E-BR/2015)", den die BundesrätInnen Sonja Zwagl (ÖVP/NÖ), Reinhardt Todt (SPÖ/W), Efgani Dönmez (GRÜNE/OÖ) gemeinsam eingebracht hatten, wurde mehrstimmig beschlossen. Der Bundesrat fordert darin eine verbesserte Bildungs- und Berufsorientierung vom Beginn bis zum Ende der Schulzeit. Kinder und Jugendliche sollen das Recht auf ein umfassendes, altersadäquat angepasstes, individuelles und gendergerecht gestaltetes Angebot haben.

BR Monika Mühlwerth (FPÖ/W) hielt fest, das Anliegen, etwas gegen den vorzeitigen Abbruch der Bildungskarriere von Jugendlichen zu tun, sei grundsätzlich zu unterstützen. Einige Details des Antrages halte sie für nicht gut durchdacht, daher könne sie ihn leider nicht mittragen. Sie halte auch grundsätzlich nichts von der Forderung nach "Gendergerechtigkeit".

BR-Präsidentin Sonja Zwazl (ÖVP/NÖ) bedauerte, dass kein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zustande gekommen sei. Das Thema sei von großer Wichtigkeit und brauche einen Schulterchluss aller. Sie verstehe die Ablehnung der Erwähnung von Gender nicht. Mehr professionelle Berufsorientierung sei ein Wunsch, der auch von SchülerInnen geäußert werde. Der Antrag versuche, genau diesem Bedürfnis zu entsprechen. Wichtig sei, dass man früh die Talente erkenne und fördere, damit sie die entsprechende Ausbildung erhalten.

Der frühe Abbruch von Bildungskarrieren sei im Allgemeinen keine individuelle Entscheidung, sondern zeige strukturelle Defizite des Systems auf, sagte Susanne Kurz (SPÖ/Sbg). Oft gebe es soziale Defizite oder gesundheitliche Beeinträchtigungen. Die Gruppe, um die es im Antrag gehe, umfasse 75.000 oder nach manchen Schätzungen bis zu 130.000 Jugendliche. Die Gründe für den Abbruch von Schule oder Lehre seien sehr individuell. Dabei gebe es starke Unterschiede zwischen Burschen und Mädchen, das Thema Gender sei daher ein wichtiger Aspekt in dieser Frage.

Die Themen Bildung und Arbeitsmarkt seien von zentraler Bedeutung, sagte Efgani Dönmez (GRÜNE/OÖ). Er bedankte sich bei BR-Präsidentin Zwazl, dass sie den Schwerpunkt auf dieses Thema, der unter der Präsidentschaft von Ana Blatnik begonnen wurde, fortgesetzt habe. Es sei wichtig, dass der Bundesrat solche Initiativen setze. Zum Antrag hielt er fest, NEET-Jugendliche würden sich nicht um Arbeit drücken, sie könnten aus sehr verschiedenen Gründen am Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen. Ein Teil des Problems sei auch eine Arbeitswelt, die den Druck auf die Menschen immer mehr erhöhe.

Ana Blatnik (SPÖ/Ktn) schloss sich dem Dank von BR Dönmez an. Sie benützte ihre Wortmeldung, um das Thema Frauen und Berufswelt anzusprechen. Noch immer sei ein Großteil der Frauen nur in drei Berufen tätig, den klassischen so genannten "Frauenberufen" Friseurin, Sekretärin, Verkäuferin. Gemeinsam sei diesen Berufen, dass sie schlecht honoriert werden und wenig Aufstiegschancen bieten. Noch immer leisten die Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit. Es gebe zwar Veränderungen, aber es bleibe noch viel zu tun.

### Resümee der BR-Präsidentin

Für BR-Präsidentin Sonja Zwazl stehen drei Maßnahmen im Zentrum: "Erstens muss Bildungs- und Berufsorientierung über die gesamte Sekundarstufe ein Fixpunkt im Schulbetrieb sein – und zwar an allen Schultypen, also



BR-Präsidentin Sonja Zwazl  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Markus Wache

auch in den AHS. Zweitens sollen in der dritten und vierten Klasse gesetzlich jeweils fünf berufspraktische Tage vorgesehen werden, damit die Jugendlichen die Berufswelt besser kennenlernen können. Und drittens muss Berufsorientierung ein fixer Bestandteil in der Ausbildung aller PädagogInnen werden."

(Quellen: *Parlamentskorrespondenz* Nr. 576, 29.5.2015/Nr. 588 und 589, 2.6.2015/Nr. 590 und 594, 3.6.2015)

## Abschied von einer aufrechten Demokratin

**Bundesratspräsidentin Ana Blatnik zeigte sich tief betroffen über das Ableben von Nationalratspräsidentin Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer am 2. August 2014 und würdigte die verstorbene Politikerin als bewundernswerte Frau und Parlamentarierin.**

*Barbara Prammer hinterlässt sowohl bei ihren Angehörigen als auch im Parlament und der gesamten Republik eine schmerzliche Lücke. Prammer hat Herausragendes für den österreichischen Parlamentarismus und die Demokratie geleistet. In ihrer Funktion als Nationalratspräsidentin hat sie Überparteilichkeit und klare politische Haltungen stets zu verbinden gewusst und viel für das Ansehen und die Würde des Hohen Hauses geleistet. Ein starkes und selbstbewusstes Parlament war ihr stets ein wichtiges Anliegen, ebenso wie die Durchflutung der Gesellschaft mit demokratischen Werten. Sie hat die Öffnung des Parlaments vorangetrieben und populistische Attacken auf den Parlamentarismus und die ParlamentarierInnen stets entschieden abgelehnt, zeigte sich*

Bundesratspräsidentin Blatnik in einer ersten Reaktion tief betroffen. Blatnik erwähnte im Zusammenhang mit Prammers Engagement Projekte wie die DemokratieWERKstatt und die Sanierung des Parlamentsgebäudes und erinnerte auch an die Rolle Prammers als Frauenpolitikerin: "Als Sozialdemokratin, Feministin und Vorkämpferin für die Anliegen von Frauen und familienpolitische Gleichstellung hat Barbara Prammer unzählige Menschen nachhaltig geprägt und politisch motiviert. Sie wird uns in liebevoller Erinnerung bleiben, wir werden diese großartige Persönlichkeit nie vergessen", so Blatnik.



© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Den Menschen und die Politikerin Barbara Prammer würdigten prominente RednerInnen bei einer öffentlichen Trauerfeier vor dem Parlamentsgebäude am 9. August 2014. So beschrieb etwa Bundespräsident Heinz Fischer, der selbst zwölf Jahre lang an der Spitze des Nationalrates stand, Prammer als "Stimme der Vernunft". Neben Fischer sprachen auch der Zweite Nationalratspräsident Karlheinz Kopf, Bundesratspräsidentin Ana Blatnik, Journalistin und Herausgeberin Barbara Coudenhove-Kalergi, Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Bundeskanzler



v.li.: Inge Posch-Gruska und Ana Blatnik beim Eintrag in das Kondolenzbuch  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Werner Faymann. In sämtlichen Reden kam die Betroffenheit über den Verlust der im In- und Ausland anerkannten Staatsfrau Prammer deutlich zum Ausdruck.

"Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, man muss sie ständig mit Leben erfüllen", erinnerte Bundesratspräsidentin Ana Blatnik in ihrer Rede anlässlich der Trauerfeier an diesen



BR-Präsidentin Ana Blatnik spricht bei der Trauerfeier.  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer

bedeutenden Ausspruch Barbara Prammers. Blatnik meinte, gerade im Wirken und in der Persönlichkeit der verstorbenen Nationalratspräsidentin haben jene Werte, die Demokratie ausmachen, immer wieder aufs Neue Gestalt angenommen: das Bekenntnis zu Toleranz und Menschenrechten, zur Chancengleichheit, zu Dialog und Kompromiss sowie das Auftreten gegen Diskriminierung, Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. "Barbara Prammer konnte Demokratie mit Leben erfüllen", sagte Blatnik, "weil Politik für sie nichts Abstraktes war, sondern die Chance und konkrete Möglichkeit, Alltagswirklichkeiten mitzugestalten. Ihre Beharrlichkeit und Ernsthaftigkeit im Bemühen um ein humanes Miteinander werden wir alle vermissen, sie sind uns aber zugleich Inspiration und Auftrag, ihren Weg weiterzugehen", so die Bundesratspräsidentin.

***"Barbara Prammer hat  
Demokratie mit Leben erfüllt"***

Ein konstruktives Miteinander zu leben, hieß für Barbara Prammer aber auch, weit über Grenzen zu blicken, Mehrsprachigkeit als Bereicherung wahrzunehmen und interkulturelle und internationale Begegnung zu forcieren, so Blatnik. Aus dieser Überzeugung heraus habe die Verstorbene immer wieder ihre Stimme für die Rechte der Volksgruppen in Österreich erhoben, betonte Blatnik und rief das Engagement Barbara Prammers für die Kärntner Sloweninnen und Slowenen, aber auch für die Roma in Erinnerung. Besondere Bedeutung hatte für die Nationalratspräsidentin überdies auch die Förderung der parlamentarischen Diplomatie, die sie, wie Blatnik unterstrich, nutzte, um sich für die weltweite Stärkung des Parlamentarismus und der Menschenrechte sowie für Abrüstung und Frieden einzusetzen. So habe sie sich bei ihren zahlreichen internationalen Kontakten nie geschämt, auch gegenüber hochrangigen Persönlichkeiten schwierige Themen dialogorientiert anzusprechen. "Liebe Barbara, danke für alles", schloss Blatnik und fügte daran auch ihre Dankesworte in slowenischer Sprache an.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 746 & 762, 2. & 9.8.2014)*

# TRAUER UM BARBARA PRAMMER







Die Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und der Bundesrat haben über all die Jahre auf vielfältige Weise zusammengearbeitet.  
Fotos © Parlamentsdirektion/Carina Ott, Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany, Leo Hagen, Mike Ranz, Martin Steiger

### Vielfältige Kontakte

Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer wurde am 11. Jänner 1954 in Ottmang am Hausruck in Oberösterreich geboren. Nach dem Studium der Soziologie arbeitete sie als Sozial- und Berufspädagogin, danach beim AMS Oberösterreich. 1991 wurde sie Abgeordnete zum Oberösterreichischen Landtag und dessen Zweite Präsidentin, ab 1995 war sie Mitglied der Oberösterreichischen Landesregierung. Zwischen Jänner 1997 und Februar 2000 war Prammer Frauenministerin, danach Abgeordnete zum Österreichischen Nationalrat. Ab Juni 2004 war sie Zweite Präsidentin des Nationalrates und wurde am 30. Oktober 2006 zur ersten weiblichen Präsidentin des Nationalrates gewählt. Nach den Nationalratswahlen 2008 und 2013 wurde sie mit hoher Zustimmung jeweils in ihrer Funktion bestätigt.

Als Nationalratspräsidentin pflegte Prammer vielfältige Kontakte zum Bundesrat und dessen Mitgliedern. Gemeinsame Einladungen waren v.a. die zum Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus jährlich im Mai mit der/dem jeweiligen BundesratspräsidentIn oder der Empfang der Besucherinnen und Besucher am Tag der offenen Tür.

Barbara Prammer war eine leidenschaftliche Demokratin und Parlamentarierin. Nicht umsonst sah sie ein starkes Parlament als beste Basis für eine funktionierende Demokratie. Ihr besonderes persönliches Anliegen war es, junge Menschen für Demokratie zu begeistern und dafür, sich für die eigenen Interessen und auch für andere stark zu machen. Insbesondere die von ihr initiierten Projekte DemokratieWERKstatt und Jugendparlament bleiben dauerhaft in Erinnerung. Auch hier arbeitete sie mit dem Bundesrat zusammen, so kamen die TeilnehmerInnen am Jugendparlament immer aus dem aktuellen Vorsitzbundesland des Bundesrates und wurden am Vortag der Jugendparlament-Sitzungen von der/vom BundesratspräsidentIn herzlich im Parlament empfangen. Auch im Rahmen internationaler Termine und unterschiedlicher Veranstaltungen des Parlaments gab es immer wieder Anknüpfungspunkte, Begegnungen und Gespräche der Nationalratspräsidentin mit Mitgliedern des Bundesrates.

Viel zu früh verstarb Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am 2. August 2014 im Amt.



Bundesratspräsidentin Ana Blatnik am Rednerpult  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

### Vorsitzland Kärnten

#### "Erinnern, Versöhnen, Zukunft gestalten"

Am 30. Juni 2014 erfolgte in Klagenfurt die Übergabe des Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz sowie im Bundesrat vom Burgenland an Kärnten. "Erinnern, Versöhnen, Zukunft gestalten" – unter diesen Leitfaden stellte die Kärntner BR-Präsidentin Ana Blatnik ihre Amtsführung bis Ende 2014, wie sie schon in ihrer Antrittsrede vor dem Plenum unterstrich.

#### Blick nach vorn und zurück

Blatnik setzte mit dem von ihr gewählten Motto auch einen Schwerpunkt, der auf die bis in die Gegenwart wirkenden historischen Ereignisse im südlichsten Bundesland Bezug nimmt, aus denen Lehren für ein friedliches Miteinander in einem vereinten Europa gezogen werden müssen. Spezielle Initiativen, wie etwa die Wanderausstellung "Zwangswise Aussiedlung slowenischer Familien aus Kärnten" und im Oktober die Konferenz "Balkan als Chance" leisteten einen Beitrag dazu. "Erinnern und Versöhnen im Rahmen einer intensiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bildet eine wesentliche Voraussetzung für den Blick nach vorn", sagte Blatnik. Eine vielschichtige Beschäftigung mit Spuren der Geschichte in Gegenwart und Zukunft könne auch nicht an Staatsgrenzen enden, sondern komme in Zeiten eines vereinten Europas erst durch die Möglichkeit einer interna-

tionalen Perspektive zur Entfaltung. Durch die Erinnerung an die historischen Ereignisse rücke man nicht nur den unschätzbaren Wert des Friedensprojekts "Europäische Union" in den Mittelpunkt, sondern auch die Aufgabe und Herausforderung, diese EU weiterzuentwickeln.

Blatnik lud mit Nachdruck dazu ein, die Herausforderungen im Geist eines von gegenseitiger Wertschätzung getragenen Miteinanders zu bewältigen. Dieses Miteinander äußere sich auch in der Offenheit für kulturelle und sprachliche Vielfalt, spielte sie darauf an, dass sie ihre sprachliche und kulturelle Identität im Parlament schon seit zehn Jahren lebe. Sie dankte daher auch für den diesbezüglichen gemeinsamen Beschluss, der ihr das ermöglicht habe, und fasste am Schluss ihrer Ausführungen die Rede auf Slowenisch zusammen.

#### Bundesrat als Mitgestalter der Zukunft stärken

Die BR-Präsidentin betonte insbesondere auch die wesentliche Funktion und Mitverantwortung der Länderkammer bei der Gestaltung der Zukunft. Als wichtiges Bindeglied zu den Gemeinden, zum Land, zur Bundesregierung und zur europäischen Ebene bilde der Bundesrat einen zentralen Baustein, um ein lebendiges Europa der Regionen am Puls der Bedürfnisse seiner BürgerInnen mitzugestalten, umschrieb sie die Rolle der Länderkammer. Vor allem der EU-Ausschuss habe es geschafft, entscheidende Themen zu besetzen. Nur Schweden habe im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung mehr Stellungnahmen im EU-Gesetzgebungsverfahren eingebracht als der österreichische Bundesrat, zeigte sich Blatnik über das weithin anerkannte Engagement des Ausschusses erfreut. Um diese Tätigkeit auch in der Öffentlichkeit mehr wahrnehmbar zu machen, sollten die Berichte des EU-Ausschusses im Plenum diskutiert werden, schlug Blatnik vor.

Angesichts dessen sollte man sich nicht darauf konzentrieren, wie man den Parlamentarismus und Föderalismus schwächen, sondern vielmehr wie man die beiden Pfeiler unserer Demokratie stärken könne, stellte sie mit Blick auf die immer wieder geäußerte Forderung nach Abschaffung des Bundesrates fest. In der Frage der Stärkung des Bundesrates gelte es aber abzuwägen, was realistisch und was konkret umsetzbar ist, mahnte Blatnik.

Sie tritt in diesem Sinn wie ihre Vorgänger auch dafür ein, der Länderkammer bereits vor Beschlussfassung im Nationalrat ein Stimmrecht einzuräumen und ihr auch die Möglichkeit von Teileinsprüchen zu geben. Ein weiterer zentraler Punkt stellt für die Präsidentin ein Rederecht von BundesrätInnen in den Landtagen dar. Der Länderkammer sollte Blatnik zufolge ferner ein Mitspracherecht bei der Bestellung der VolksanwältInnen gewährt werden, da diese ja auch mit Ländermaterien betraut sind.

### Kinder und Jugendliche

Einen wesentlichen Auftrag für eine gute Zukunft sieht Blatnik auch darin, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wieder zu schließen und sich konsequent für die Gleichstellung von Mann und Frau einzusetzen. Ein besonderes Augenmerk müsse dabei dem Bildungsbereich geschenkt werden, hielt Blatnik fest, denn es sei trotz intensiven Bemühens noch immer eine Realität, dass sich eine Mehrheit der Mädchen bei der Berufswahl auf typische Felder beschränkt, die schlechter entlohnt würden, was sich wiederum auf die Altersversorgung auswirke. Daher seien Anstrengungen erforderlich, um Frauen für technische und naturwissenschaftlich ausgerichtete Ausbildungszweige zu interessieren und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Mädchen und junge Frauen neue Wege gehen können. Für Blatnik zählt dazu auf jeden Fall ein adäquates



Gemischter Chor der Sängerrunde Ludmannsdorf mit BR-Präsidentin Ana Blatnik © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Kinderbetreuungsangebot. Sie sprach sich deshalb für die Abhaltung einer Enquete mit dem Schwerpunkt "Duale Ausbildung" aus, in der alle Facetten dieser Problematik beleuchtet und Impulse für Veränderungen gegeben werden (vgl. Schwerpunktthema in diesem Bericht, Seite 5-11). Des Weiteren will sich die BR-Präsidentin für die Einrichtung eines eigenen Kinderrechte-Ausschusses stark machen. "Eine gerechte, zukunftsorientierte Gesellschaft ist für mich auch eine, die sich ihrer jüngsten Mitglieder annimmt. Ich werde mich daher dafür einsetzen, dass Kinderrechte nicht mehr unter 'ferner liefen' vorkommen, sondern mehr Gewicht erhalten", begründete sie ihre Initiative.

### Festakt zum Vorsitzwechsel

Anlässlich des Vorsitzwechsels im Bundesrat und in der Landeshauptleutekonferenz lud Blatnik gemeinsam mit dem Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser zu einem Festakt ins Parlament. Das Land Kärnten sei stolz, dass erstmals eine Kärntner Slowenin BR-Präsidentin sei, hob Landtagspräsident Reinhard Rohr in Vertretung von Kaiser hervor. Politisch machte sich Rohr im Sinne eines gelebten Föderalismus für ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen den verschiedenen politischen Ebenen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Interesse der Bevölkerung stark.

Auch nach Meinung von Blatnik können die aktuellen Aufgaben nur mit einem Miteinander und nicht mit einem



Vorsitzübergabe vom Burgenland an Kärnten © Fritz-Press GmbH

Nebeneinander oder gar einem Gegeneinander bewältigt werden. Sie sah den Vorsitz im Bundesrat und in der Landeshauptleutekonferenz im zweiten Halbjahr 2014 als Chance für Kärnten, als modernes, weltoffenes und international orientiertes Bundesland in Erscheinung zu treten. Für viel Kärntner Flair beim Festakt sorgten der Männerchor des Kulturvereins "Bilka" und der Gemischte Chor der Sängerrunde Ludmannsdorf.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 712, 24.7.2014)*

der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Österreich. Im Lichte der italienischen EU-Ratspräsidentschaft wurde die europapolitische Bedeutung der zweiten Parlamentskammern erörtert. BR-Präsidentin Blatnik hob die besondere Rolle des Bundesrates als Europakammer hervor. Sie verwies darauf, dass der Bundesrat laut einem Ranking aus dem Jahr 2013 unter 39 parlamentarischen Kammern auf Platz zwei liegt, was die Aktivitäten im Zusammenhang mit der EU-Gesetzgebung betrifft.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 662, 7.7.2014)*

### Internationale Kontakte



TeilnehmerInnen der IPU-Konferenz der Parlamentspräsidentinnen in Genf © Parlamentsdirektion/Petra Rund

#### Italien: Gedenken an I. Weltkrieg und die EU als Zukunftsprojekt

Italien, Österreich, Slowenien und Kroatien gedachten am Sonntag Abend gemeinsam in Redipuglia (Friaul) des Ersten Weltkriegs. An der Veranstaltung nahmen der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano sowie seine Amtskollegen aus Kroatien und Slowenien, Ivo Josipović und Borut Pahor, teil. Die Republik Österreich wurde durch die Präsidentin des Bundesrates, Ana Blatnik, vertreten. Am Rande der Gedenkfeierlichkeiten war ein bilaterales Treffen zwischen Napolitano und Blatnik anberaumt. Im Mittelpunkt stand ein Bekenntnis zur Vertiefung und Dynamisierung

#### IPU: Konferenz der Parlamentspräsidentinnen in Genf

Die ökonomische Stärkung von Frauen stand im Mittelpunkt des neunten Treffens der Parlamentspräsidentinnen, das Anfang September in Genf stattfand. Organisiert wurde die Zusammenkunft, an der Vertreterinnen 16 nationaler und regionaler Parlamente Afrikas, Asiens, Amerikas und Europas teilnahmen, von der Interparlamentarischen Union (IPU). Österreich war durch BR-Präsidentin Ana Blatnik vertreten. In seiner Begrüßungsrede würdigte IPU-Präsident Abdelwahed Radi die verstorbene Nationalratspräsidentin Barbara Prammer für ihre Verdienste um Frauengleichstellung,

Demokratieentwicklung und für ihre Unterstützung der Interparlamentarischen Union. In einer Trauerminute wurde Prammer im Rahmen der Konferenz gedacht.

Die Parlamentspräsidentinnen befassten sich in Genf mit der Frage, wie soziale, kulturelle und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden können, um Frauen auf wirtschaftlicher Ebene zu fördern. "Die ökonomische Stärkung von Frauen ist entscheidend für eine erfolgreiche globale Entwicklung und für den Schutz der Frauenrechte", erklärte IPU-Präsident Radi. Das Treffen sei ein Impuls für sinnvolle und nachhaltige Aktivitäten von Spitzenpolitikerinnen, die nicht nur das Leben von Frauen, sondern der Gesellschaft als Ganzes verändern könnten. Zu den erörterten Themen zählten gendersensible Arbeitsrechte, der Zugang zu Wirtschaftsgütern, ökonomische Ausbeutung von Frauen und die Problematik der Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz.

"In der Verabschiedung von Gesetzen zur Gleichstellung der Geschlechter sind weltweit deutliche Fortschritte gemacht worden", betonte BR-Präsidentin Ana Blatnik. "Bei der Umsetzung liegt aber noch ein weiter Weg vor uns. Erfahrungsaustausch und Vernetzungen sind wichtig, um diesen Weg erfolgreich gemeinsam zu gehen."

Die Ergebnisse des Treffens der Parlamentspräsidentinnen werden in die vierte Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen 2015 einfließen, die sich vorrangig mit der neuen Entwicklungsagenda der UN-Mitgliedstaaten befassen wird.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 786, 5.9.2014)*

### Norwegen: Konferenz der ParlamentspräsidentInnen des Europarates

Demokratie erschöpfe sich nicht allein in der formellen Verankerung im rechtlichen System, ebenso wichtig sei es, die BürgerInnen "mit an Bord zu holen". Das betonte BR-Präsidentin Ana Blatnik bei der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der Mitgliedstaaten des Europarates in Oslo. Blatnik nahm gemeinsam mit NR-Präsidentin Doris Bures an der Tagung teil, sie befasste sich in ihrer Rede mit der Teilhabe im Rahmen moderner parlamentarischer Demokratien.

Negativen Entwicklungen wie Politikverdrossenheit und niedrigen Wahlbeteiligungen müsse mit transparenter Politik und adäquaten Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung begegnet werden, hob Blatnik hervor. Die Chance, auch zwischen Wahlen in einer öffentlichen Debatte an demokratischen Prozessen mitwirken zu können, schaffe Vertrauen. Auch neue Medien würden Wege für PolitikerInnen eröffnen, direkt mit BürgerInnen in Kontakt zu treten. In diesem Zusammenhang müsse allerdings verantwortungsvoll mit Privatsphäre und persönlichen Daten umgegangen werden. Im Sinne einer bürgernahen Politik sprach sich die BR-Präsidentin auch dafür aus, bestehende Initiativen, die Mitgestaltungsmöglichkeiten regionaler Parlamente zum Inhalt haben, weiterzuentwickeln. Herausforderungen für Demokratien ortet Blatnik, was den Schutz von Grundrechten angeht, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union. In Europa müsse gerade auf den Kampf gegen die Diskriminierung von Minderheiten besonderes Augenmerk gelegt werden. Als Vertreterin der slowenischen Minderheit in Kärnten sei ihr dies ein besonderes Anliegen.

Das Treffen der ParlamentspräsidentInnen findet im zweijährigen Turnus abwechselnd am Sitz des Europarates in



BR-Präsidentin Ana Blatnik bei ihrer Rede in Oslo © Kilian Munch

Straßburg bzw. in einer europäischen Hauptstadt statt. Ziel ist es, die Kontakte zwischen den europäischen Parlamenten zu verbessern und den Meinungsaustausch über aktuelle europapolitische Themen zu fördern.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 794, 11.9.2014)*

### Italien: Europa gemeinsam weiterentwickeln

Im November begleitete BR-Präsidentin Ana Blatnik Bundespräsident Heinz Fischer auf einem Staatsbesuch nach Italien. Zu den Terminen im Rahmen des Besuchsprogramms der österreichischen Delegation gehörte neben dem Treffen mit dem Präsidenten der Italienischen Republik Giorgio Napolitano und einem Arbeitsmittagessen mit Premierminister Matteo Renzi auch ein Gespräch mit Laura Boldrini, der Präsidentin der Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments.

Die BR-Präsidentin traf außerdem zu einem Arbeitsgespräch mit ihrem Pendant im italienischen Parlament, dem Präsidenten des Senats Pietro Grasso, zusammen. Italien bemüht sich gerade um eine grundlegende Reform des Senats. Blatnik diskutierte mit dem Senatspräsidenten die bisherigen Ergebnisse der Reform und informierte Grasso über die Schwerpunkte ihrer Vorsitzführung im Bundesrat. Dazu gehöre für sie neben dem grenzüber-

schreitenden Austausch auch der bewusste Gebrauch der slowenischen Sprache, sagte sie. "Nur durch ein intensives Miteinander und konstruktive, gleichberechtigte Gespräche können wir Europa gemeinsam weiterentwickeln und Reformen umsetzen", betonte Blatnik gegenüber dem Senatspräsidenten. Blatnik sprach auch eine Einladung an Senatspräsident Pietro Grasso zu einem Gegenbesuch nach Österreich aus.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1059 vom 12.11.2014)*

### Slowenien: Alpen-Adria-Region Kärnten

Grenzüberschreitende Entwicklungspotenziale der Alpen-Adria-Region Kärnten standen im November im Mittelpunkt des Besuchs von BR-Präsidentin Ana Blatnik in Slowenien. In Ljubljana traf Blatnik Premierminister Miro Cerar, den Präsidenten des slowenischen Staatsrates, Mitja Bervar, und den Präsidenten des slowenischen Nationalrates, Milan Brglez.

In Dravograd nahm die Präsidentin an einem Runden Tisch teil, in dessen Rahmen gemeinsame grenzüberschreitende Initiativen von Österreich und Slowenien erörtert wurden. "Europäische Regionalpolitik muss sich in konkreten Projekten manifestieren, um von den BürgerInnen und Bürgern der EU als Verbesserung ihrer Lebensbedingungen wahrgenommen zu werden", betonte Blatnik. Am Rande dieses Runden Tisches wurde daher ein Memorandum unterzeichnet, das die Zusammenarbeit mit dem slowenischen Staatsrat und dem slowenischen Nationalrat im Sinne einer Weiterentwicklung der Perspektiven für die Alpen-Adria-Region beinhaltet.

An dem Runden Tisch nahmen auch Bürgermeister aus österreichischen Gemeinden teil, die grenzüberschreitende Projekte mit Slowenien forcieren. Ein Beispiel für gelebte, grenzüberschreitende Gemeindekooperation sei der Geopark Karawanken-Karavanke, eine weitere seit 35 Jahren bestehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Dreiländereck, die sämtliche Segmente der Gesellschaft vom Bildungs- und Kulturbereich über Exekutive und Sport bis hin zu den Feuerwehren berührt, so Blatnik.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1112, 21.11.2014)*



Audienz bei Papst Franziskus I.

© Peter Lechner/HBF

### Tschechien: Treffen mit Senatspräsident Štěch

Die Themen Migration, Wirtschaft, Kultur, Verkehr und Energie standen im Zentrum einer Aussprache zwischen der Präsidentin des Bundesrates Ana Blatnik und dem tschechischen Senatspräsidenten Milan Štěch Anfang Dezember in Prag. "Die EU muss die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam annehmen", betonte die Präsidentin nach der Unterredung mit dem tschechischen Senatspräsidenten.

Blatnik verwies auf die gute Zusammenarbeit zwischen Österreich und Tschechien. "Uns verbindet eine gemeinsame Geschichte, Architektur, Literatur und Musik", erklärte sie. Sie rief die Kooperationen zwischen Österreich und Tschechien auf mehreren Ebenen in Erinnerung. Auf kulturellem Gebiet manifestiere sich die gute Zusammenarbeit in vielfältiger Weise.

Treffen mit Milan Štěch, tschechischer Senatspräsident © Parlamentsdirektion/Alsč-Harant

Als Beispiele nannte Blatnik die erfolgreichen Jugendaustauschprogramme, das Österreichische Gymnasium in Prag und die Komensky-Schule in Wien. Auch die österreichische Wirtschaft sei in Tschechien stark vertreten, so Blatnik. "Sehr viele heimische Unternehmen investieren in unserem Nachbarland und siedeln sich dort an." Tschechien sei das zweitwichtigste österreichische Investitionsland. Blatnik hob die Bedeutung bilateraler Treffen hervor, um Vertrauen und Nähe aufzubauen. In der EU sei es aber auch erforderlich, gemeinsam Verantwortung zu tragen, Probleme anzugehen und unbequeme Themen, wie die Aufteilung der Flüchtlinge auf die Europäische Union, anzusprechen. "Ich bin dafür, dass die EU-Staaten die

Flüchtlingsquote erfüllen. In der EU kann man sich nicht nur Rosinen herauspicken, sondern man muss den gesamten Kuchen sehen".

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1185, 9.12.2014)

### Europäische Union

#### Aktive Arbeit des Bundesrates in der EU

Der Bundesrat zählt mit seinem EU-Ausschuss im Rahmen des Subsidiaritätsprüfungsverfahrens zu den aktivsten parlamentarischen Kammern innerhalb der Union und liegt an zweiter Stelle hinter Schweden. Durch enge Vernetzung mit den Bundesländern und den Landtagen bündelt der EU-Ausschuss die regionalen Interessen und nimmt zu zahlreichen EU-Gesetzesvorhaben Stellung. So wurden seit 2010 insgesamt 22 Subsidiaritätsrügen (begründete Stellungnahmen) nach Brüssel geschickt, 2013 waren es sechs, 2014 drei. Dazu kamen zahlreiche Stellungnahmen zu Gesetzesvorschlägen in Form von Mitteilungen. Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat das österreichische Verfahren unter zentraler Beteiligung des Bundesrates als europaweites Best-Practice-Modell hervorgehoben. Nachdem den nationalen Parlamenten erst durch den Vertrag von Lissabon, der vor fünf Jahren, am 1. Dezember 2009, in Kraft getreten ist, wesentliche Mitwirkungsrechte im EU-Gesetzgebungsverfahren eingeräumt wurden,



EU-Kommissar Johannes Hahn mit den Vorsitzenden der Fraktionen im Bundesrat © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

nahm BR-Präsidentin Ana Blatnik gemeinsam mit dem Vorsitzenden des EU-Ausschusses Edgar Mayer und den Fraktionsvorsitzenden Gottfried Kneifel, Reinhard Todt, Monika Mühlwerth und Marco Schreuder die Gelegenheit wahr, Bilanz über die Arbeit der Länderkammer in EU-Angelegenheiten zu ziehen. Es war dies das erste Mal, dass die gesamte Präsidiäle des Bundesrates gemeinsam vor die Presse trat. Alle waren sich einig, dass sich der Bundesrat als Europakammer etabliert hat. So habe er etwa das Thema der Wasserprivatisierung im Rahmen der geplanten Konzessionsrichtlinie früh aufgegriffen und damit eine Vorreiterrolle gespielt. Inzwischen wurde die Passage aus der Richtlinie herausgenommen, außerdem gibt es dazu eine europäische Bürgerinitiative.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1156, 2.12.2014)*

### EU-Kommissar Hahn im Bundesrat

Johannes Hahn, österreichischer Vertreter in der EU-Kommission, hat die Aufgabenbereiche EU-Nachbarschaftspolitik und Erweiterung übernommen. Er will sich in dieser Funktion um ein möglichst gutes Verhältnis zu allen EU-Nachbarn bemühen, wie er gegenüber den Mitgliedern der Länderkammer in seiner Rede anlässlich der Sondersitzung zu "Fünf Jahre Vertrag von Lissabon" im Dezember betonte. Dabei müsse man aber stärker als bisher auf die Interessen der EU fokussieren, bekräftigte er. Es sei äußerst unwahrscheinlich, dass die EU in den nächsten fünf Jahren weiter wachsen wird.

Was die Arbeit der EU-Kommission in den nächsten fünf Jahren betrifft, machte Hahn auf die Festlegung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker aufmerksam, einige wenige Themenkomplexe ins Zentrum zu rücken, sich mit diesen aber umso intensiver zu beschäftigen. Konkret nannte er die wirtschaftliche Konsolidierung der Union, den Ausbau der sozialen Dimension, die digitale Agenda sowie die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Um die europäische Wirtschaft zu stimulieren und durch die Gründung neuer Unternehmen zusätzliche Arbeitsplätze zu generieren, müsse man auch kleine und mittlere Betriebe unterstützen, betonte Hahn. Diese seien das Rückgrat der



EU-Kommissar Johannes Hahn zu Gast im Bundesrat  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

europäischen Wirtschaft. Aber auch die Interessen der Industrie dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Als ein gelungenes Beispiel für eine grenzüberschreitende industrielle Kooperation in Europa nannte Hahn das europäische Flugzeugcluster Airbus. Bei der Wirtschaftspolitik gilt es laut Hahn außerdem zu berücksichtigen, dass keine Region so international ausgerichtet sei wie Europa. Jeder fünfte Arbeitsplatz in Europa, in Österreich sogar jeder vierte, sei von der Exportwirtschaft abhängig, skizzierte er.

Zum Thema EU-Erweiterung meinte Hahn, jedes Land, das einen EU-Beitritt anstrebe, lege die Geschwindigkeit des Beitrittsprozesses im Prinzip selbst fest. Von Seiten der EU will er allerdings einen stärkeren Fokus darauf richten, dass die Kandidatenländer zum Zeitpunkt des EU-Beitritts tatsächlich EU-fit sind. Das sei in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen, räumte er ein. Zur Frage eines EU-Beitritts der Türkei merkte Hahn an, man habe ergebnisoffene Verhandlungen vereinbart und solle sich auch daran halten. Er wolle die negativen Entwicklungen in der Türkei nicht verleugnen, meinte er, es wäre aber fair, die Verhandlungen zu Ende zu bringen, unabhängig vom Ausgang. Dazu gehöre es auch, alle Verhandlungskapitel zu eröffnen.

Allgemein wertete es Hahn als wichtig, in der Nachbarschaftspolitik auch die südlichen Nachbarländer der EU, im Konkreten die Mittelmeeranrainerstaaten, nicht



zu vernachlässigen. Die europäische Nachbarschaftspolitik umfasse insgesamt 16 Länder, von Weißrussland bis Marokko. Dass ein EU-Kommissar an einer Debatte im Bundesrat teilnehmen kann, geht auf eine Ende 2011 beschlossene Änderung der Geschäftsordnung des Bundesrates zurück. Seither ist es möglich, "herausragende Persönlichkeiten der europäischen und internationalen Politik" zur Abgabe einer Erklärung in die Länderkammer einzuladen. Erstmals wurde diese Bestimmung im April 2013 angewendet, als der Präsident des Ausschusses der Regionen Ramón Luis Valcárcel Siso mit den BundesrätInnen über die Rolle der Regionen in Europa diskutierte. Bereits 2006 hatte der damalige EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso eine Rede vor der Länderkammer gehalten, damals musste die Sitzung zu diesem Zweck jedoch noch unterbrochen werden. Im Nationalrat besteht eine solche Möglichkeit derzeit nicht.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1157, 2.12.2014)

### Der Europäische Rechnungshof zu Gast im EU-Ausschuss

Die Tätigkeit des Europäischen Rechnungshofes stand am 3. Dezember im Mittelpunkt des EU-Ausschusses des Bundesrates. Eingeladen war der Vertreter Österreichs in diesem Kontrollorgan, Oskar Herics. Damit sorgte der Bundesrat nach der Diskussion mit EU-Kommissar Johannes Hahn im Plenum am Vortag abermals für eine Premiere, denn VertreterInnen des Europäischen Rechnungshofes waren noch nie im Österreichischen Parlament zu einer Ausschusssitzung eingeladen.

### EU-Finanzmanagement verbesserungswürdig

Wie Herics ausführte, genügt das EU-Finanzmanagement noch nicht den hohen Ansprüchen – weder auf EU-Ebene noch auf der Ebene der Mitgliedstaaten. So werde oft ein zu geringer Fokus auf die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit gelegt, sagte er im Hinblick auf den Jahresbericht

2013. Das Berichtswesen sei nicht auf den Aspekt der Ergebniserreichung ausgerichtet, der EU-Mehrwert habe nicht immer sichergestellt werden können. Man müsse aber auch zugeben, dass es derzeit an zuverlässigen Indikatoren mangle, um eine Messung vornehmen zu können. Jedenfalls seien für die neue Finanzperiode wesentliche Verbesserungen vorgesehen. In einigen Fällen hätten die Begünstigten ihre Tätigkeiten und Aktivitäten auch ohne EU-Förderung durchgeführt, berichtete Herics weiter. Er wies jedoch mit Nachdruck darauf hin, dass Fehler keinesfalls mit Betrug gleichzusetzen seien. Bei Betrug handle es sich um eine vorsätzliche Täuschungshandlung und bei Verdachtsmomenten würden die Fälle sofort an OLAF, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung, gemeldet.

Der EU-Kontrolleur überraschte die Ausschussmitglieder auch mit dem Hinweis, dass die Fehlerhäufigkeit in Österreich in Bezug auf Landwirtschafts- und Kohäsionspolitik während der Jahre 2009–2013 noch relativ hoch war. Insgesamt lag in der EU die, wie der Rechnungshof es ausdrückt, wahrscheinlichste Fehlerquote zwischen 2007 und 2013 konstant über der Wesentlichkeitsschwelle von 2 %, im Bereich der Landwirtschaft bei 3,7 % und im Bereich der Kohäsion bei 6 %. Die geschätzte Fehlerquote für 2013 war mit 4,7 % ebenfalls konstant über der Wesentlichkeitsschwelle. Die größte Fehlerquote liegt laut Schätzung des EU-Rechnungshofes im Bereich Regionalpolitik, Verkehr und Energie mit 6,9 % und bei der Landwirtschaft in Bezug auf Marktstützung und Direktzahlungen bei 3,6 %. Als typische Fehler nannte er u.a. zu hohe Angaben von Flächen oder von nicht vorhandenen Tieren, nicht anspruchsberechtigte AntragstellerInnen, Mängel an Kennzeichnung und Registrierung von Tieren, Verstöße gegen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Verletzung staatlicher Beihilferegulungen. Er sieht daher Handlungsbedarf, v.a. bei den nationalen Verwaltungsstellen und bei den Kontrollsystemen. Das Landwirtschaftsministerium spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, Maßnahmen zu ergreifen, um



Logo des EuRH

hohe Angaben von Flächen oder von nicht vorhandenen Tieren, nicht anspruchsberechtigte AntragstellerInnen, Mängel an Kennzeichnung und Registrierung von Tieren, Verstöße gegen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Verletzung staatlicher Beihilferegulungen. Er sieht daher Handlungsbedarf, v.a. bei den nationalen Verwaltungsstellen und bei den Kontrollsystemen. Das Landwirtschaftsministerium spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, Maßnahmen zu ergreifen, um

die Verwaltung der Programme zu vereinfachen. Denn viele Fehler seien aufgrund der Komplexität der Gesamtarchitektur für die Verwaltung und Kontrolle aufgetreten, heißt es. Die Komplexität komme auch dadurch zustande, dass es sowohl EU-Vorschriften als auch nationale Vorschriften gibt, die nicht immer konform seien, gab Herics zu bedenken. Man müsse aber auch bei der Ausbildung innerhalb der Verwaltung ansetzen. Was die Finanzkorrekturen im Bereich der geteilten Mittelverwaltung betrifft, die im Falle einer unzureichenden Erfüllung der Kontrollpflichten eines Mitgliedstaates verhängt werden, schneidet Österreich im europäischen Vergleich sehr gut ab, unterstrich Herics.

### Aufgaben des Europäischen Rechnungshofes

Der Europäische Rechnungshof trägt zur Verbesserung des EU-Finanzmanagements bei und fungiert als unabhängiger Hüter der finanziellen Interessen der UnionsbürgerInnen. Der Rechnungshof ist ein Kollegialorgan mit Sitz in Luxemburg. Er besteht aus 28 Mitgliedern, wobei jedes Mitglied aus jeweils einem EU-Land kommt; insgesamt sind etwa 900 MitarbeiterInnen beschäftigt. Die Prüfbereiche sind auf vier Kammern aufgeteilt. Der Europäische Rechnungshof prüft stichprobenartig und gibt aufgrund dessen Schätzungen ab. Auf dieser Basis legt der Rechnungshof Berichte. Die Prüfung hat eine wesentliche Präventivwirkung.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1168, 3.12.2014)*

### **Rolle der regionalen Parlamente in der EU stärken**

Für mehr Möglichkeiten der Mitwirkung regionaler Parlamente in der EU traten die Präsidentin des Bundesrates, Ana Blatnik, und der Vorsitzende des EU-Ausschusses der Länderkammer, Edgar Mayer, ein. Sie begrüßten daher einen entsprechenden Umlaufbeschluss der österreichischen LandtagspräsidentInnenkonferenz.

Hintergrund war ein von 29 Vorsitzenden der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente unterzeichneter Vorschlag, mit dem diese sich am 30. Juni 2014 an den designierten Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker gewandt haben. Darin sprechen sie sich dafür aus, dass die neue Kommission eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung

der nationalen Parlamente einrichtet. Das Ziel sei, einen Aktionsplan zu erstellen, der die Rolle der nationalen Parlamente in der EU stärken soll. Die PräsidentInnen der österreichischen Landtage schließen sich diesem Wunsch an und fordern die Europäische Kommission auf, zudem eine adäquate Einbindung der regionalen Parlamente in der Arbeitsgruppe sicherzustellen. Insbesondere soll sich diese mit den im Vertrag von Lissabon geschaffenen Potenzialen der Mitwirkung beschäftigen und Vorschläge für eine verstärkte Einbindung im Sinne einer gelebten Subsidiarität erarbeiten. „Mitgestaltungsmöglichkeiten regionaler Parlamente sind ein zentraler Bestandteil einer bürgerInnen-nahen Europäischen Union“, betonte Blatnik.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 763, 13.8.2014)*

### **Parlament begeht 20 Jahre EU-Beitrittsbeschluss**

Vor 20 Jahren im Juni stimmte eine breite Mehrheit in Österreich für den Beitritt zur Europäischen Union. Im November 1994 sorgten klare Abstimmungsmehrheiten in National- und Bundesrat dafür, dass dieser Entscheidung der ÖsterreicherInnen Rechnung getragen wurde, und der EU-Beitrittsvertrag wurde ratifiziert. Aus diesem Anlass luden NR-Präsidentin Doris Bures, BR-Präsidentin Ana Blatnik und



Festakt 20 Jahre EU-Beitritt

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Zweiter NR-Präsident Karlheinz Kopf am 18. November zu einer Diskussion zwischen Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner mit ihren Pendanten von damals, Franz Vranitzky und Erhard Busek. Die Themen erstreckten sich über ökonomischen Auswirkungen die EU-Mitgliedschaft bis zur Frage, welche Rolle die EU in der Überwindung der aktuellen Krisen spielen kann.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1063, 13.11.2014)

## Gedenken

### "Gedenken mit Glaubwürdigkeit erfüllen"

BR-Präsidentin Ana Blatnik nahm Mitte September an einer Gedenkveranstaltung für Opfer des Nationalsozialismus in Portorož teil. Das Treffen der Lagergemeinschaft Ravensbrück war den ehemaligen Insassinnen des Frauenkonzentrationslagers gewidmet. Tiefe Betroffenheit lösten die im Rahmen der Veranstaltung vorgetragenen berührenden Gedichte aus, die von Frauen unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen in Ravensbrück verfasst worden waren.

Blatnik verwies in ihrer Rede darauf, dass viele Sloweninnen, die aus Kärnten zwangsausgesiedelt worden waren, in das Konzentrationslager deportiert und ermordet wurden. Die



v.li.: Bürgermeister von Piran Peter Bossmann, BR-Präsidentin Ana Blatnik und Dusan Stefancic, Präsident des Mauthausen Komitees © Franc Wakounig

BR-Präsidentin hob die zentrale Rolle von ZeitzeugInnen in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hervor. "Diese Menschen haben es auf sich genommen, über das, was ihnen angetan wurde, zu sprechen – im Bemühen um eine bessere Zukunft. Dafür gebührt ihnen großer Respekt und Dank", sagte Blatnik.

Aus der Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten erwachse die Verantwortung, dazu beizutragen, dass sich die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht wiederholen. "Gedenken mit Glaubwürdigkeit zu erfüllen, heißt, sich nicht nur zu Demokratie, Frieden und Toleranz zu bekennen, sondern diese Werte aktiv zu leben." Das bedeute, gegen menschenverachtende Ideologien, gegen Rassismus, Antisemitismus und Sexismus entschieden aufzutreten, im politischen, aber auch im privaten Kontext. "Wenn die Menschenwürde angetastet wird, dürfen wir nicht schweigen, sondern müssen uns einmischen."

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 804, 15.9.2014)

## Ausstellung zur Vertreibung

### Kärntner SlowenInnen während der NS-Zeit

Über 200 slowenische Familien aus Kärnten wurden im April 1942 von den Nationalsozialisten enteignet und aus ihren Wohnorten vertrieben. Für die meisten der 1.075 Frauen, Kinder und Männer endete der Leidensweg über ein Sammellager in Klagenfurt in einem Konzentrationslager bzw. in der Zwangsarbeit. Im Gedenken an diese unmenschlichen Vergehen eröffnete Ana Blatnik im November im Parlament eine Ausstellung über die zwangsweise Aussiedlung der slowenischen Minderheit Kärntens.

Blatnik, selbst Kärntner Slowenin, betonte, die Aufarbeitung der Vergangenheit sei ihr ein großes persönliches Anliegen. In ihrer politischen Arbeit stehe zudem die Förderung des friedlichen Miteinanders immer im Vordergrund. Die gezeigte Ausstellung sieht Blatnik als bedeutenden Beitrag im Versöhnungsprozess der Kärntner Bevölkerung.

"Nach dem Motto 'Der Kärntner spricht deutsch' sollte alles Slowenische zum Verschwinden gebracht werden. Diese Tragödie ist ein wichtiger Bestandteil der Geschichte Kärntens, über den sich bald nach 1945 ein Mantel des



AusstellungsbesucherInnen

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Schweigens gelegt hat", hielt die Historikerin Brigitte Entner vom Klagenfurter Slowenischen Wissenschaftlichen Institut fest. Kurz nach dem Krieg habe es noch Bestrebungen zur Anerkennung gegeben, dann habe sich die politische Stimmung gewendet. Sowohl Opfer als auch Beteiligte hätten dieses Schweigen mitgetragen. Die Folge waren Verharmlosung und Vergessen. Erst 2012 wurden etliche Zeichen gesetzt, die Konsensgruppe installiert und eine entsprechende Ausstellung gestaltet.

Die Bilder der Ausstellung dokumentieren Einzelschicksale von Deportierten als Sinnbild für das Leid der slowenischsprachigen Volksgruppe Kärntens. Eine Karte zeigt, woher die Familien kamen, deren weiterer Weg oft nicht mehr rekonstruiert werden kann. Dokumente und Fotos zeugen von Vorbereitung und Durchführung der Verfolgung, vom Lageralltag und der Situation der HeimkehrerInnen.

Näher beleuchtet wurden die Ereignisse und ihre Aufarbeitung in einer Podiumsdiskussion mit dem Obmann des Kärntner Heimatdienstes Josef Feldner und dem Vorsitzenden des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen Marjan Sturm sowie mit den Jugendlichen Luka Kaiser, Clara Steiner und Lea Murer. In ihren Eingangsworten hielt Präsidentin Blatnik fest, mit Sturm und Feldner würden zwei Repräsentanten der Konsensgruppe konstruktiv und gleichberechtigt miteinander diskutieren.

"Das ist die Chance für ein friedliches Miteinander", so Blatnik. Die so genannte Konsensgruppe fördert den Dialog zwischen Mehrheit und Minderheit in Kärnten und hat u.a. wesentlich zur Lösung der Frage zweisprachiger Ortstafeln beigetragen. Sie wurde für ihr Engagement im Versöhnungsprozess mit dem Europäischen Bürgerpreis geehrt. Die Wanderausstellung "1942 – Zwangsweise Aussiedlung slowenischer Familien aus Kärnten" war bis 20. November 2014 im Bundesratssalon zu sehen.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1020, 5.11.2014)

### Jugendliche Internationale Konferenz zur EU-Perspektive der Balkanländer

Das Motto "Versöhnen – Erinnern – Zukunft gestalten" hat Ana Blatnik für ihre Bundesratspräsidentschaft gewählt. Bei der internationalen Konferenz "Balkan als Chance", zu der Blatnik im Oktober gemeinsam mit Landeshauptmann Peter Kaiser nach Klagenfurt geladen hatte, waren SpitzenpolitikerInnen aus Slowenien, Kroatien, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina zu Gast. "Wenn wir uns heute mit den Spuren der Geschichte in der Gegenwart und den Erwartungen an die Zukunft beschäftigen, endet dieser Diskurs schon lange nicht mehr an Staatsgrenzen. Er



Die SchülerInnen übergeben Wolfgang Petritsch ihren "Brief an Europa".

© Fritz-Press GmbH

kann überhaupt erst durch die Möglichkeit internationaler Begegnung sowie einer europäischen und internationalen Friedenspolitik zur Entfaltung kommen", betonte Blatnik. Die Bedeutung einer gemeinsamen europäischen Zukunft war der Fokus der Konferenz. "Der Balkan wird allmählich zum neuen Erweiterungsfenster, zu einer einzigartigen europäischen Hoffnung. Nur ein Balkan mit Wohlstand und Stabilität kann ein Garant für die Stabilität des gesamten Europa sein", hob der Präsident des slowenischen Staatsrates, Mitja Bervar, hervor.

Die EU-Perspektive des Westbalkans wurde auch in einer von Wolfgang Petritsch, dem ehem. Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, moderierten Diskussionsrunde thematisiert. Ismeta Dervoz, Abg. zum Parlament von Bosnien und Herzegowina, sagte, die greifbare Perspektive einer EU-Mitgliedschaft sei entscheidend für einen Versöhnungsprozess in den westlichen Balkanländern. Ähnlich argumentierte die Abg. zum serbischen Parlament, Nataša Vučković: "Die EU-Integration ist noch immer ein bedeutendes Vehikel zur Reform unserer Gesellschaften." Die Abg. zum kroatischen Parlament, Melita Mulić, verwies auf ungelöste Konflikte der Vergangenheit, die bewältigt werden müssten, um Zukunftsvisionen realisieren zu können. Ob diese Visionen sich verwirklichen lassen, hänge auch davon ab, inwieweit sich junge Menschen als MitgestalterInnen demokratischer Prozesse erleben, sagte BR-Präsidentin Blatnik. Sie plädierte dafür, Friedensbildung auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene strukturell zu verankern. An der Veranstaltung nahmen auch Schulklassen aus Kärnten und Slowenien teil, die "Briefe an Europa" formulierten.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 935, 21.10.2014)*

### 25 Jahre Kinderrechtskonvention: Empfang im Parlament

Die Generalversammlung der UNO verabschiedete vor 25 Jahren, am 20. November 1989, die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Kinder wurden damit unmissverständlich als TrägerInnen eigener Rechte definiert. Anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte, der an



Kinder und PolitikerInnen feiern "25 Jahre Kinderrechtskonvention".  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

diese Geburtsstunde erinnert, haben NR-Präsidentin Doris Bures und BR-Präsidentin Ana Blatnik eine Delegation der Österreichischen Kinderfreunde im Parlament empfangen. Doris Bures hat sich über diesen "seltenen aber hohen Besuch" sehr gefreut und erklärt: "Auch wenn in Österreich heute der Großteil der Kinder in positiver Umgebung lebt, sind wir nach wie vor gefordert. Wir müssen daran arbeiten, allen Kindern die gleichen Startbedingungen zu ermöglichen."

"25 Jahre Kinderrechtskonvention sind ein Anlass, über alle Bereiche nachzudenken, in welchen die Stimmen der Kleinsten noch immer ungehört verhallen. Das beginnt für mich beim Schutz vor Gewalt und endet bei einem Leben ohne Existenzsorgen, ohne Hunger, ohne im Winter frieren zu müssen", betont BR-Präsidentin Ana Blatnik. Österreich habe die Kinderrechtskonvention ratifiziert und sogar einige Artikel in der Bundesverfassung festgeschrieben. Es brauche aber nach wie vor jede Anstrengung, allen Kinderrechten gerecht zu werden. Auch in Österreich müssten laut Armutskonferenz tausende Kinder und Jugendliche unter Sozialhilfebedingungen leben, so Blatnik, die sich für einen eigenen BR-Ausschuss aussprach, der sich mit Kinderschutz und Kinderrechten befassen soll.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1093, 20.11.2014)*

### Eröffnung der Barbara-Prammer-Demokratiewerkstatt in Montenegro

BR-Präsidentin Ana Blatnik befand sich Mitte Dezember zu einem zweitägigen offiziellen Besuch in Montenegro. Neben einem Arbeitsgespräch mit dem montenegrinischen Parlamentspräsidenten Ranko Krivokapić fanden auch noch weitere Treffen mit Staatspräsident Filip Vujanović, Premierminister Milo Đukanović sowie Außenminister Igor Lukšić statt.

#### Demokratske radionice "Barbara Pramer" (Demokratiewerkstatt "Barbara Prammer")

Als "eine ganz besondere Ehre und posthume Würdigung der verstorbenen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer" bezeichnete die BR-Präsidentin die Umbenennung der Demokratiewerkstatt des montenegrinischen Parlaments in "Barbara Prammer Demokratiewerkstatt". Auch das Logo wurde geändert, in dem der Schriftzug *Demokratske radionice* um "Barbara Pramer" ergänzt wurde, was der montenegrinischen Schreibweise ihres Namens entspricht. Vor mittlerweile zwei Jahren, im Jänner 2013, richtete das montenegrinische Parlament in Podgorica eine Demokratiewerkstatt nach österreichischem Vorbild ein, an deren Eröffnung die verstorbene NR-Präsidentin Barbara Prammer persönlich teilnahm. "Als Präsidentin des Bundesrates ist mein



Präsident des Parlaments von Montenegro Ranko Krivokapić und BR-Präsidentin Ana Blatnik © Igor Šljivančanin

Leitspruch: 'Zukunft gestalten!'. Das vereinte Europa ist eine große Chance für die Zukunft, das Gelingen hängt jedoch vor allem vom Engagement seiner Jugend ab", sagte Blatnik in einer Pressekonferenz.

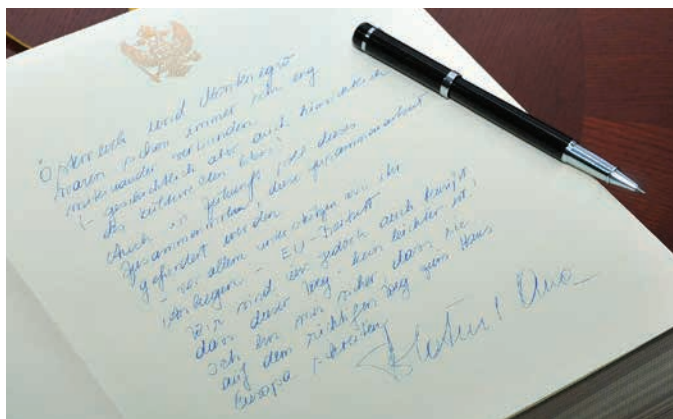
Der Entwicklung des auf Montenegro zugeschnittenen Konzepts einer Demokratiewerkstatt gingen zwei Jahre intensiver Vorarbeiten und regen Erfahrungsaustauschs zwischen Wien und Podgorica voraus. Zwei Werkstätten stehen im montenegrinischen Parlament den 8- bis 15-jährigen SchülerInnen zur Auswahl: "Demokratie und Parlament" sowie "Europäische Union". Die beiden Werkstätten bieten altersgerechten Einblick in die politischen Abläufe der Gesetzgebung. Bis Oktober 2014 wurden die Werkstätten in Montenegro von mehr als 13.000 Jugendlichen im Klassenverband besucht.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1201, 11.12.2014)

### Bilanz

#### Blatnik: "Ich will Brücken bauen."

Vom letzten halben Jahr seien ihr wertvolle Erfahrungen geblieben, zog BR-Präsidentin Ana Blatnik über die Zeit ihres Vorsitzes in der Länderkammer, die mit Ende Dezember endete, Bilanz. Sie habe sich vorgenommen, mit dem Bundesrat Brücken zu bauen, etwas zu bewegen und einen Schritt nach vorne zu machen. Blatnik bringt dafür selbst



Gästebucheintrag von Ana Blatnik in Montenegro © Igor Šljivančanin

die besten Voraussetzungen in ihrer Person als Kärntner Slowenin mit. Durch die Verwendung der deutschen und slowenischen Sprache auch im Parlament hat sie ein Zeichen gesetzt. "Die Zeit war reif für eine Präsidentin mit mehr als zwei Identitäten, die nicht Enge, sondern Öffnung über die Grenzen hinweg signalisiert", unterstrich sie im Rahmen ihrer Abschiedsrede.

### Ein Geist des Miteinanders

Als eine Premiere bezeichnete sie in diesem Sinne auch die Diskussion von drei zweisprachigen Jugendlichen und VertreterInnen der mit dem Europäischen Bürgerpreis ausgezeichneten Konsensgruppe über die von der Historikerin Brigitte Entner wissenschaftlich begleiteten Wanderausstellung "Zwangsweise Aussiedlung slowenischer Familien aus Kärnten 1942". Mit ihrem Appell an den Geist des Miteinanders verbindet die BR-Präsidentin vor allem auch ein Miteinander über die nationalen Grenzen hinaus. Österreich liege im Herzen eines Gefüges voller politischer, sprachlicher, kultureller, wissenschaftlicher und sozioökonomischer Vielfalt. Das sei ein Geschenk und eine Verantwortung zugleich, betonte Blatnik. Die Notwendigkeit von Versöhnung, Rechtsstaatlichkeit, Infrastruktur und wirtschaftlichem Aufschwung für eine friedliche Zukunft in einem geeinten Europa habe sich auch in der internationalen Konferenz "Balkan als Chance" in Klagenfurt widergespiegelt, so Blatnik.

### Jugendliche einbeziehen

Bei all diesen Aktivitäten sei es ihr besonders wichtig gewesen, dass Jugendliche ebenfalls zu Wort kommen. So seien bei der Enquete "Die Duale Ausbildung: Gelungene Ausbildung, Vorbild für Europa und Chance für Frauen" junge Menschen eingeladen gewesen. EU-Kommissar Johannes Hahn habe sie darüber hinaus in der Sondersitzung der Länderkammer "Briefe an Europa" von SchülerInnen einer slowenischen und einer Kärntner Schule überreicht.



BR-Präsidentin Ana Blatnik © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

### Ein starkes Europa der Regionen kann funktionieren

In dem Kontext des Miteinanders richtete Blatnik den Blick auf die Arbeit und den Wert des Bundesrates. Während von der Innenperspektive aus die "Zweite Kammer" und der Föderalismus oft skeptisch beäugt würden, bilde der Föderalismus den Kitt, der das Europa der Regionen zusammenhält, stellte sie fest. Denn es sei das Europa gestärkter nationaler und regionaler Parlamente, die in die kleinsten demokratischen Einheiten, die Gemeinden, hineinwirken – wo politische Teilhabe von BürgerInnen am ehesten beginnt, wo Politik nichts Abstraktes ist.

20 Jahre nach Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages und fünf Jahre nach dem Reformvertrag von Lissabon sei man an einem wichtigen Punkt der Erkenntnis angekommen: "Ein starkes Europa der Regionen kann funktionieren", zeigte sich Ana Blatnik überzeugt. Sie unterstrich daher besonders die Arbeit des EU-Ausschusses des Bundesrates, der im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung nach Schweden die zweitaktivste Kammer ist. Als besondere Erfahrung bezeichnete sie die Erklärung von EU-Kommissar Johannes Hahn in einer Sondersitzung anlässlich des Jubiläums "Fünf Jahre EU-Vertrag von Lissabon".

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1244, 18.12.2014)

## Peter Kaiser: Starke Länder für ein soziales Österreich in Europa



Landeshauptmann von Kärnten Peter Kaiser bei seiner Rede vor dem Bundesrat © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Das Motto für seine Rede im Bundesrat formulierte Peter Kaiser selbstbewusst mit "Starke Länder für ein soziales Österreich in einem gemeinsamen Europa". Die Stärke der Länder und Regionen liege darin, dass sie den Menschen näher seien und auch entsprechend reagieren könnten. Man müsse die Chance der Nähe, aber auch die Notwendigkeit der Distanz beachten, skizzierte Kaiser eine für ihn wichtige politische Haltung. Bei einem zukunftsorientierten Föderalismus gehe es darum, das System weiterzuentwickeln, um den Menschen in ihren Lebensverhältnissen zu helfen und sie zu unterstützen. Der Kärntner Landeshauptmann hob den Bereich Bildung als zentrale Herausforderung hervor. Er kündigte an, die BildungsreferentInnen der Länder zum ersten Mal zu einer Konferenz einzuladen, wobei die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern Thema sein werde. Kaiser ließ jedoch keinen Zweifel aufkommen, dass die Grundsatzgesetzgebung in jedem Fall Bundeskompetenz bleiben müsse. Er brach auch eine Lanze dafür, Politische Bildung als Pflichtfach ab der fünften Schulstufe einzuführen. Er forderte zudem, die Lehrerausbildung auf die KindergartenpädagogInnen

auszuweiten und mehr Zivildienstler in der Kinderbetreuung einzusetzen.

Weitere Schwerpunkte seiner Vorsitzführung werden die Themen Gesundheit, Soziales und Armutsbekämpfung sein. Kaiser appellierte in diesem Zusammenhang, in Fragen der Gesundheitsreform das Gemeinsame vor Standesinteressen zu stellen. Die demografische Entwicklung stelle die Politik vor die Aufgabe, die Lebensqualität älterer Menschen zu gewährleisten, und das gehe nur in engstem Zusammenwirken von regionaler, nationaler und europäischer Politik.

Der Landeshauptmann ging auch auf die aktuelle Debatte um die Steuerreform ein und sprach sich dafür aus zu betonen, worüber man sich einig ist. Dazu zähle das Ziel, dass die ÖsterreicherInnen in Zukunft mehr netto von ihrem Bruttogehalt haben, dass man den Faktor Arbeit entlastet, die Kaufkraft steigert und den Eingangssteuersatz senkt. Davon würden vor allem die Klein- und Mittelbetriebe profitieren. Peter Kaiser stellte auch zur Diskussion, ob der Spitzensteuersatz sakrosankt bleiben muss.

Er wolle sich auch nicht vor dem Thema Hypo-Alpe-Adria "herumdrücken", betonte er. Die Katastrophe sei auf politischen Größenwahn und kriminell zockende Energien zurückzuführen. Die Kontrolle hätte versagt. Die neue Landesregierung sei bereit, Verantwortung zu übernehmen, lehne aber jegliche Kollektivschuld für das Bundesland Kärnten und seine Menschen ab. Er stehe dafür, die Zukunftschancen Kärntens zu wahren, deshalb werde er nicht auf Forderungen eingehen, die diese gefährden.

Kaiser verlangte schließlich, die Verwaltungs- und Aufgabenreform konsequent fortzusetzen, und begrüßte auch die Einigung zur Breitbandinitiative. Er forderte zudem mehr Transparenz ein, wenn es national, aber auch international um entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft geht, konkret meinte er damit die TTIP-Verhandlungen.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 714, 24.7.2014)*



## Landschaftsmalerei von Tanja Prušnik

Das Parlament zeigte sich im Juli einmal mehr auch als Ort der zeitgenössischen Kunst. Zum Auftakt ihrer Amtstätigkeit präsentierte BR-Präsidentin Ana Blatnik Werke der Kärntner Künstlerin Tanja Prušnik, die sich in ihrer Malerei vor allem mit Landschaft auseinandersetzt.

Im Salon des Bundesrates sowie in den Amtsräumen der Präsidentin waren dabei bis Dezember zwei Bildserien zu sehen, die einen durchaus differenzierten und persönlichen Zugang zu diesem Thema dokumentieren. In der Serie "Medit04" treten die mediterrane Landschaft und Architektur Istriens in den Vordergrund.

Bei der Finissage im Dezember sprach der Kulturjournalist Bertram Karl Steiner zu den Arbeiten der Künstlerin, der die Anwesenden dazu einlud, "die subtile Lyrik in diesen Bildern" aufzunehmen. Mit ihren Werken fordert Prušnik intuitiv dazu auf, genau hinzuschauen, Perspektiven zu ändern, die Wahrnehmung zu schärfen und auch das Dahinter zu bemerken. In der Serie "Utopia\_gnp14" wird eine andere Art Landschaft mit politisch-geschicht-

lichem Hintergrund dargestellt. Prušnik greift damit den Widerstandskampf der Kärntner PartisanInnen auf, dessen künstlerische Aufarbeitung sie als eine Art von Vergangenheitsbewältigung einer zwar nicht selbst erlebten, aber immer noch präsenten Familienhistorie versteht. Anlässlich der Finissage betonte BR-Präsidentin Ana Blatnik auch, dass es ihr ein großes Bedürfnis sei, gemeinsam Momente der Stille, Besinnlichkeit und Einkehr zu erleben, denn auch dies sei eine soziale und politische Notwendigkeit, ohne die das Gemeinwesen seine Richtung verlieren würde. Musikalisch umrahmt wurde die Finissage vom Rossauer Klarinettenquartett.

Zur Künstlerin: Tanja Prušnik wurde 1971 in Wolfsberg geboren, besuchte das BG für Slowenen in Klagenfurt und studierte Architektur an der TU Wien, wo sie als Architektin und bildende Künstlerin arbeitet. 2004 wurde sie mit dem Frauenkunstpreis Kärnten ausgezeichnet.

*(Quellen: Parlamentskorrespondenz Nr. 729, 28.7.2014 und Nr. 1235, 17.12.2014)*



Tanja Prušnik (2.v.li.) bei der Eröffnung der Ausstellung durch BR-Präsidentin Ana Blatnik © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany



Ana Blatnik © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

### Z zveznim svetom graditi mostove

„Spominjanje, sprava, oblikovanje bodočnosti“ – ta rdeča nit je zaznamovala drugo polletje leta 2014, ko je bilo predsedstvo zveznega sveta v koroških rokah. Ana Blatnik, ki je kot prva koroška Slovenka imela funkcijo predsednice deželne komore, je v svojem nastopnem govoru še posebej pozvala k temu, da naj sprejemamo delovne izzive v duhu sožitja in v spoštovanju drug drugega. To da se izraža tudi v odprtosti za raznolikost in s tem je Blatnikova opozorila na dejstvo, da živi svojo jezikovno in kulturno identiteto v parlamentu že desetletja. Opozorila je na enoglasno sprejet sklep, ki je to pot omogočil, ter je omenjeni govor kot tudi vse druge govore povzela v slovenščini. Parlamentarizem in federalizem sta dva stebra demokracije, ki ju je treba krepiti, je poudarila Blatnikova. Zavzema se za to, da naj bi deželna komora še pred sprejetjem zakonov v parlamentu imela pravico do zavzetja stališča ter možnost do delnih ugovorov, zavzema se za pravico govora predsednika/predsednice zveznega sveta v deželnih zborih ter za pravico do soodločanja zveznega sveta pri podeljevanju funkcije ombudsmana. Blatnikova je na dveh primerih ponazorila, kaj ji pomeni oblikovanje bodočnosti v moderni družbi: „V času, ko raste prepad med revnimi in bogatimi in ko še vedno ni realizirana enakovrednost moških in žensk,“ se je treba konsekvantno zavzemati za enakost možnosti in se še bolj posvetiti najmlajšim v socialni strukturi. Sem spada tudi ustanovitev odbora za pravice otrok.

### Evropska vizija bodočnosti v znamenju miru

Težišči „spominjanje“ in „sprava“ sta se odražali v drugi polovici leta spominjanja 2014 v vrsti prireditiv. Tako so se Italija, Avstrija, Slovenija in Hrvaška na skupni prireditvi v Sredipolju (Redipuglia) v Furlaniji spominjale prve svetovne vojne. Avstrijo je zastopala predsednica zveznega sveta, ob robu slovesnosti pa se je srečala z italijanskim državnim predsednikom Giorgiom Napolitanom. Sredi septembra je obiskala srečanje nekdanjih jetnic ženskega koncentracijskega taborišča Ravensbrück v Portorožu. V svojem govoru se je Blatnikova spomnila Slovenk, ki so jih iz Koroške nasilno deportirali v koncentracijska taborišča in jih tam umorili. Zvezna predsednica se je poklonila časovnim pričam, ki se trudijo za boljšo bodočnost in so si v tem smislu nadele breme, da govorijo o tem, kar so jim bili prizadejali: „Za to jim gre veliko spoštovanja in zahvala,“ je dejala.

Pred tem pa je na mednarodni konferenci „Balkan als Chance“, Balkan kot šansa“ šlo za spravo kot pogoj za skupno, razvijajočo se Evropo. Na to konferenco je v mesecu oktobru Blatnikova vabila v Celovec skupaj z deželnim glavarjem Petrom Kaiserjem. Gostje na Koroškem so bili visoki politični predstavniki iz Slovenije, Hrvaške, Srbije ter Bosne in Hercegovine. Če bodo imele vizije bodočnosti zudi možnost razvoja, je odvisno tudi od tega, v kolikšni meri se bodo mladi ljudje doživljali kot sooblikovalci demokratičnih procesov, je dejala Blatnikova. Mirovno vzgojo je torej treba strukturno zasidrati na državni in tudi na evropski ravni. Jedro zasedanja sta bili dve „pismi Evropi“, ki sta nastali v šolskih razredih v Sloveniji in na Koroškem.

Ob spominski obletnici na leto 1942, ko so nacionalsozialisti razlastili in pregnali slovenske družine iz Koroške ter jih deportirali v koncentracijska taborišča, je zvezna predsednica v novembru v parlamentu otvorila razstavo o prisilni izselitvi pripadnikov manjšine. Dogodke je podrobneje osvetlila zgodovinarica Brigitte Entner, sledila je tudi podijska diskusija s predsednikom Zveze slovenskih organizacij Marjanom Sturmom, predsednikom Kärntner Heimatdiensta (Koroške domovinske službe) Josefom Feldnerjem, sodelovali pa so tudi mladinci Luka Kaiser, Clara Steiner in Lea Murer. V uvodnih besedah je Blatnikova



© Fritz-Press GmbH

poudarila, da diskutirata dva predstavnika konsenzne skupine konstruktivno in enakopravno. V tem da vidi šanso za miroljubno sožitje. Konsenzna skupina podpira dialog med večino in manjšino na Koroškem ter je med drugim bistveno prispevala h kompromisu v vprašanju dvojezičnih krajevnih tabel. Za to je bila odlikovana z evropsko državljansko nagrado. Prav tako novembra so bili ob obisku zvezne predsednice v Sloveniji na programu prekomejni razvojni potenciali regije Alpe-Jadran Koroška. „Evropska regionalna politika se mora manifestirati v konkretnih projektih, če hočemo, da jo bodo državljani in državljanke Evropske unije občutili kot izboljšanje življenjskih pogojev,“ je povedala Blatnikova ob okrogli mizi v Dravogradu. Ob robu srečanja so zato podpisali memorandum, ki vsebuje sodelovanje s slovenskim državnim zborom in slovenskim parlamentom v smislu razvoja perspektiv za regijo.

### Premiere v zveznem svetu

Pet let po tem, ko je začela veljati pogodba iz Lizbone, v kateri so nacionalnim parlamentom zagotovljene bistvene pravice za sodelovanje pri EU-jevskih zakonodajnih postopkih, je Blatnikova skupaj s predsednikom odbora za EU Edgarjem Mayerjem ter s predsedniki frakcij Gottfriedom Kneiflom, Reinhardom Todtom, Moniko Mühlwerth in Marcom Schreuderjem izkoristila priložnost, da je naredila

bilanco o delu deželnih komor v zadevah EU. Prvič je pred zastopnike tiska stopil celoten prezidij zveznega sveta. Vsi so se strinjali, da se je deželna komora etablirala kot evropska komora. Zadeve o privatizaciji vode se je v okviru načrtovane koncesijske smernice tako že zelo zgodaj lotila. Medtem so pasažo vzeli iz smernice, poleg tega je nastala med prebivalstvom tudi evropska iniciativa.

Premiera za zvezni svet je bil tudi obisk avstrijskega EU komisarja Johannes Hahna na posebni seji ob obletnici „Pet let lizbonske pogodbe“, kjer je osvetlil teme za bodočnost evropske komisije: to so gospodarsko konsolidiranje, izgradnja socialne dimenzije, digitalna agenda ter evropska zunanja in varnostna politika. V okviru seje je Blatnikova predala Hahnu „Pismi Evropi“, ki so ju mladinci iz Koroške in Slovenije napisali in prebrali na konferenci „Balkan kot šansa“. Posebno važno pa je bilo zanjo, da pridejo do besede mladi, je v svoji bilanci o predsedovanju zveznemu svetu podčrtala Ana Blatnik. Temu je služila tudi anketa s težiščem „dualna izobrazba: uspešna izobrazba, vzor za Evropo in šansa za ženske“, h kateri so mladi prispevali k analizi avstrijskega modela uspešnosti svoje izredno zanimive izkušnje. Pri vseh njenih iniciativah je bil v ospredju trud, z zveznim svetom graditi mostove, je strnila svoje misli Blatnikova, katere predsedovanje se je končalo konec decembra.



Bundesratspräsidentin Sonja Zwagl am Rednerpult  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

### **Vorsitzland Niederösterreich**

#### **"Wir sind Gestalter und keine Passagiere!"**

"Demokratie ist das, was wir aus ihr machen!" Diesen Satz stellte die niederösterreichische Bundesratspräsidentin Sonja Zwagl als Motto ihrer Präsidentschaft im ersten Halbjahr im Rahmen ihrer Antrittsrede in der Plenarsitzung des Bundesrates am 5. Februar voran. Ihr sei dieser Zugang besonders wichtig, weil in Österreich Politikverdrossenheit herrsche, die ernst genommen werden müsse. "Was können wir tun, was müssen wir tun, um dieser Stimmung entgegenzuwirken? Wie können wir den Menschen die Bedeutung einer politischen Mitwirkung wieder näherbringen?", fragte Zwagl. Die Bundesratspräsidentin formulierte pointiert, dass die Politik "wieder zurück aus dem Out auf das Spielfeld der Demokratie" müsse. Die Menschen wüssten, dass große Richtungsentscheidungen zu treffen sind, um Wohlstand und sozialen Frieden zu erhalten, viele Menschen würden der Politik aber nicht zutrauen, diese Entwicklung aktiv zu gestalten. "Es liegt an uns, ihnen das Gegenteil zu beweisen!", appellierte Zwagl an die Mitglieder des Bundesrates, und weiter: "Wir sind Gestalter und keine Passagiere!" Es brauche PolitikerInnen, die Positionen einnehmen, Ziele definieren und den Menschen ein klares Angebot machen. Österreich brauche Entscheidungen und ein beherztes Anpacken, gerade von den Bundesrätinnen und Bundesräten, die der

direkte Draht der Regionen in die Bundeshauptstadt seien. "Wir sind Parlamentarier, keine Durchwinker von Gesetzen aus dem Plenarsaal nebenan. Unsere Stimme hat Gewicht, und es ist mir wichtig, das aufzuzeigen!", so Zwagl.

#### Erinnerung an wichtige Jahreszahlen – 1945, 1955, 1995

Im Jahr 2015 sei an viele große Ereignisse zu gedenken, verwies Zwagl auf die Jahreszahlen 1945, 1955, 1995 und damit auf einen weiteren Schwerpunkt ihrer Präsidentschaft. 1945 – das Ende des schrecklichen Weltkrieges, 1955 – der Staatsvertrag, der Österreich zu einer freien Republik machte. Diese Jahreszahlen hätten Österreich als Nation, als Republik und als starke Volkswirtschaft geformt. 2015 sei es an der Zeit, sich dieser Meilensteine wieder bewusst zu werden und nicht aus den Augen zu verlieren, was Österreich so erfolgreich gemacht habe, so Zwagl. Dann sei es möglich, dass auch das Jahr 2015 erneut ein solcher Meilenstein werde, wenn neue Wege – in der Steuerpolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Bildung und in der Demokratie – eingeschlagen werden, so die Bundesratspräsidentin und weiter: "Es liegen viele Ziele vor uns, viele Chancen eröffnen sich, und dafür werden wir unsere ganze Kraft brauchen." Zwagl erinnerte in eindrücklichen Worten an ihre eigene Kindheit während des Wiederaufbaus der Republik: "Es war für unsere Eltern eine harte Zeit, in der sie aus dem Nichts das Fundament für unseren heutigen Wohlstand geschaffen haben. Unsere Eltern haben die Bäume gepflanzt, deren Früchte wir bis heute geerntet haben. Jetzt sind wir an der Reihe, Bäume zu pflanzen, damit auch unsere Kinder einmal etwas zu ernten haben." Gerade aus diesem Gedanken heraus seien insbesondere Initiativen im Bildungsbereich wichtig, so die Bundesratspräsidentin, die in diesem Zusammenhang auch ihrer Vorgängerin Ana Blatnik für Anregungen während deren Präsidentschaft dankte.

#### Bildung und Begabungsförderung

Bundesratspräsidentin Zwagl stellte als weiteren Arbeitsschwerpunkt ihrer Präsidentschaft das Thema Bildung und Begabungsförderung vor und verwies diesbezüglich auf die Zukunftskonferenz im St. Pölten zum Thema Bildung im Mai sowie das erfolgreiche niederösterreichische Modell

des "Begabungskompass". Sie kündigte an, ihre Funktion zu nutzen, um mit der Bildungsministerin, dem Vizekanzler und Wirtschaftsminister, den SozialpartnerInnen und den LandesschulrätInnen darüber zu sprechen, wie dieses Erfolgsmodell zur Begabungsförderung österreichweit umgesetzt werden könne. Zwazl zeigte sich fest davon überzeugt, dass eine Berufs- und Bildungsorientierung als Fixpunkt in der siebenten Schulstufe Kindern helfen würde, ihren Weg zu finden. Insbesondere verwies Zwazl auch auf die Rolle der Lehrlingsausbildung. Österreich würde stark vom Handwerk profitieren, gerade die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sei zentral für die Wettbewerbsfähigkeit. "Seien wir stolz auf unsere Lehrlinge, die jedes Jahr aufs Neue bei internationalen Wettbewerben auf dem Siegespodest stehen", appellierte Bundesratspräsidentin Zwazl. Das Thema Leistung sei ihr besonders wichtig, denn wer etwas leistet, der muss auch etwas davon haben. Dazu benötige es Leistungsanreize, für ArbeitnehmerInnen ebenso wie für UnternehmerInnen. Die Steuerreform sei die Chance, all jene zu fördern, die bereit seien, jeden Tag immer wieder ihr Bestes zu geben. Zwazl dankte in diesem Zusammenhang Finanzminister Schelling.

### Bundesrat und Europäische Union

2015 erinnere auch an das Jahr 1995, den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Österreich brauche den Willen zu Leistung und Innovationsdenken, denn als Teil der Europäischen Union sei es Mitspieler in einem globalen wirtschaftlichen Wettbewerb, so Zwazl. Die EU biete neue Chancen, neue Märkte, viele neue Herausforderungen und stelle vor allem ein weltweit einzigartiges Friedensprojekt dar. Gerade vor dem Hintergrund des feigen Terrors in Paris sei klar, wie wichtig es sei, dieses Europa des Friedens und der Toleranz mit voller Kraft zu erhalten, so Zwazl. Der Bundesrat als Klammer der österreichischen Regionen und Brüssel sei schon vor fünf Jahren im Vertrag von Lissabon wesentlich gestärkt worden. Das sperrige Wort "Subsidiarität" sei auch auf europäischer Ebene zu einer zentralen Funktion des Bundesrates geworden, um die Rechte der Regionen zu wahren und neue Gesetze auf Länder- und Regionentauglichkeit zu prüfen. Zwazl forderte in diesem Zusammenhang einmal mehr ein Rederecht für EU-Abgeordnete im Bundesrat. Abschließend formulierte die Vorsitzende ihre Zukunftsperspektive für den Bundesrat: "Die Länder haben ein



Präsidialkonferenz des Bundesrates 2015 (v.li.) BR Monika Mühlwerth (FPÖ), BR Marco Schreuder (GRÜNE), BR-Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska (SPÖ), BR-Präsidentin Sonja Zwazl (SPÖ), BR-Vizepräsident Harald Himmer (ÖVP), BR Gottfried Kneifel (ÖVP), BR Reinhard Todt (SPÖ) und Bundesratsdirektorin Susanne Bachmann © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Markus Wache

deutliches Bekenntnis zum Bestand und zur Stellung des Bundesrates abgegeben. Wie können wir diesem Auftrag gerecht werden? – Indem wir noch stärker als bisher unser Mitwirkungsrecht an Bundesgesetzen wahrnehmen und die Interessen der Bundesländer hier im Parlament mit starker Stimme vertreten. Dabei sollten wir jedoch nie den direkten Draht zu den Menschen verlieren, die wir vertreten."

Ihr persönliches Credo, so Zwazl, sei es immer gewesen, zuzuhören und dann umzusetzen. Sie zeigte sich überzeugt davon, dass es nur dieser Weg sein könne, der die Politik im Bewusstsein der Menschen wieder positiv verankern würde, meinte die Bundesratspräsidentin, die damit wieder an ihren eingangs formulierten Gedanken anknüpfte. Große Reformen bräuchten die demokratische Auseinandersetzung und Willensbildung, in diesem Zusammenhang werde oft über direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung geredet. Dabei sei die Teilnahme an Wahlen die direkteste Form der demokratischen Willensbekundung. Gemeinsames Ziel müsse es daher sein, die Menschen dazu zu bewegen, ihr Wahlrecht wahrzunehmen und damit an einem starken, zukunftssträchtigen Österreich mitzubauen – über die Landesgrenzen hinweg, über Bundeskompetenzen hinweg, über Parteigrenzen und ideologische Schranken hinweg. Der Bundesrat solle dabei Ausdruck dieser offenen politischen Kultur sein, an deren Ende Lösungen mit Herz und Hirn stehen, schloss die Bundesratspräsidentin.

### Antrittsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer

Die verstärkte Berufs- und Bildungsberatung für SchülerInnen als Schwerpunkt der niederösterreichischen Präsidentschaft stand im Mittelpunkt des Antrittsbesuches von Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl bei Bundespräsident Heinz Fischer am 9. Jänner 2015. "Die Ausbildungs- und Berufswelt wird immer komplexer. Entsprechend müssen wir eigene Instrumente entwickeln, um die Jugendlichen optimal bei ihrer Ausbildungs- und Berufsentscheidung zu begleiten", so Zwazl, die in diesem Zusammenhang auf den "Begabungskompass" in Niederösterreich hinwies. Alle SchülerInnen der siebenten Schulstufe in Niederösterreich bekommen damit kostenlos analysiert, in welchen Bereichen sie ihre besonderen

Stärken haben. Erfahrene BerufsexpertInnen zeigen dann Jugendlichen und ihren Eltern in individuellen Gesprächen auf, welche Ausbildungs- und Berufswege aufgrund der festgestellten Talente besonders geeignet sind. "Die Jugendlichen bekommen eine Ausbildung, die zu ihren Interessen und Stärken passt. Die Unternehmen bekommen Arbeitskräfte, die fachlich geeignet und mit Freude an der Arbeit sind. Das tut dem gesamten Land gut", skizzierte die Bundesratspräsidentin die Vorteile dieser Initiative.



Antrittsbesuch von Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl (li.) bei Bundespräsident Heinz Fischer, (re.) Vorgängerin Ana Blatnik  
© Peter Lechner/HBF

### Empfang im Palais Niederösterreich mit LH Erwin Pröll

Die Arbeitsschwerpunkte von Bundesratspräsidentin Zwazl unterstrich auch der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll, der aus diesem Anlass am 9. Jänner zu einem Empfang in das Palais Niederösterreich in Wien geladen hatte. Das Vorsitzland Niederösterreich bekenne sich voll und ganz zum Geist des Miteinanders der Körperschaften, denn das Miteinander sei eine demokratische Tradition unseres Landes und ein Auftrag am Weg in die Zukunft, so Pröll. Er verwies auf die drängenden Anliegen in der Finanz- und Steuerpolitik sowie die Weiterentwicklung des Finanzausgleichs und zeigte sich überzeugt, dass auch hier der gute Geist des Miteinanders die Oberhand behalten werde. Im Themenbereich Bildung

plädierte er dafür, dass der Bund die Bildungsinhalte und -ziele vorzugeben habe, die Länder aber mehr Aufgaben in der Bildungsverwaltung übernehmen sollten, denn das brächte Bürgernähe und Effizienz. Abschließend warnte Pröll davor, den Föderalismus zu diffamieren oder zu attackieren, dieser sei wichtig und notwendig sowie eine wesentliche Grundlage für das Werden und Wachsen der Republik. Auch Bundesratspräsidentin Sonja Zwagl betonte dies in ihren Worten anlässlich des Empfangs, sie sprach vom Bundesrat als Klammer zwischen Landtag und Nationalrat.

### Niederösterreichischer Landtagspräsident Penz im Parlament

Bei einem Empfang anlässlich der Vorsitzübernahme am 5. Februar im Parlament war unter anderem der niederösterreichische Landtagspräsident Hans Penz zu Gast, der selbst zwischen 1987 und 1998 der Länderkammer angehörte. Er unterstrich in seinen Ausführungen die Bedeutung des Bundesrates für die österreichische Gesetzgebung und erinnerte an die engagierte Mitwirkung im europäischen Rechtsetzungsprozess. Was die Reform bzw. Weiterentwicklung des Bundesrates betrifft, appellierte Penz, sich mit dem vorgeschlagenen Konzept der Landeshauptleutenkonferenz sowie der LandtagspräsidentInnen auseinanderzusetzen und den Diskussionsprozess weiterzuführen.

*(Quellen: Stenographisches Protokoll der BR-Sitzung vom 5.2.2015; Parlamentskorrespondenz Nr. 84, 4.2.2015; Nr. 86, 5.2.2015; OTS Nr. 101, 104, 9.1.2015; Nr. 58, 5.2.2015)*

### Zwagl und Schelling: Künftiger Finanzausgleich muss sich an Aufgaben orientieren

Thema der Bundesratsitzung am 5. Februar war auch die zukünftige Ausgestaltung des Finanzausgleichs. Sowohl Bundesratspräsidentin Zwagl als auch Finanzminister Hans Jörg Schelling plädierten für eine klare Aufgabenzuteilung: "Die Grundfrage lautet, auf welcher Ebene Aufgaben und Leistungen so bürgernah wie möglich erbracht werden können", so Schelling und Zwagl. Und Schelling weiter: "Wir müssen hin zu einem aufgabenorientierten Finanzausgleich, wo die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zusammengeführt und klar geregelt werden."



Symbolische Schlüsselübergabe: Kärnten übergibt den Vorsitz an Niederösterreich. © NLK Reinberger

Zwagl erinnerte daran, dass über den Finanzausgleich über 70 Milliarden Euro zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt werden. "Da braucht es einen nachvollziehbaren, aufgabenorientierten Aufteilungsschlüssel." Mit der Verlängerung des derzeit geltenden Finanzausgleichs bis Ende 2016 sei genug Raum für entsprechende Verhandlungen geschaffen worden.

Der Finanzminister kündigte an, im Zuge dieser Verhandlungen auch ergebnisoffen über die Vor- und Nachteile einer autonomen



Finanzminister Hans-Jörg Schelling (ÖVP) und BR-Präsidentin Sonja Zwagl  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

men Steuereinhebung durch die Länder diskutieren zu wollen. Sowohl für Schelling wie auch für Zwazl ist freilich klar, "dass es keinesfalls zu einem ruinösen Steuerwettbewerb der Länder kommen darf."

### Internationale Kontakte

#### Zusammentreffen mit Schweizer Parlamentarierdelegation

Am 24. Februar besuchte eine Schweizer Parlamentarierdelegation das österreichische Parlament. Neben Gesprächen mit dem Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf und Nationalratsabgeordneten stand auch ein Zusammentreffen mit Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl auf dem Programm.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 145, 24.2.2015)*

#### Kirgisischer Staatspräsident trifft Bundesratspräsidentin Zwazl

Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl begrüßte den kirgisischen Staatspräsidenten Almasbek Atambajew und die von ihm geleitete, hochrangig besetzte Delegation mit Außenminister Erlan Abdyldaev, Vizepremier Valeriy Dil sowie Nationalbankchef Tolkunbek Abdygulov am 23. März im Parlament. Atambajew unterstrich im Rahmen des Arbeitsgesprächs den positiven Weg der Kirgisischen Republik zu einem demo-

kratischen Staat und verwies in diesem Zusammenhang auf die konsequente Einhaltung von Minderheitenrechten, die Besetzung von Regierungsämtern mit Frauen oder die Korruptionsbekämpfung. Dennoch bemerkte er, dass er vom Westen deutlichere Unterstützung bei der weiteren Stärkung der Demokratie erwarte. Wirtschaftlich sei die Kirgisische Republik nämlich auf einem guten Weg, so habe man in den letzten drei Jahren die Einfuhren verdoppeln können. Die Eurasische Wirtschaftsunion, der Kirgisischen Republik beitreten will, solle keinen Gegenpol zur Europäischen Union darstellen, betonte Atambajew, vielmehr gelte es, miteinander am wirtschaftlichen Aufschwung und Frieden zu arbeiten.

Zwazl bekräftigte, zur Hebung der Lebensqualität trage eine Annäherung verschiedener Wirtschaftsräume viel bei. Österreichische Unternehmen würden bereits großes Interesse am kirgisischen Markt zeigen, allerdings müssten sie auch entsprechende Rahmenbedingungen vorfinden. Auf Einladung des Präsidenten fasste die Vorsitzende der Länderkammer einen Besuch in der Kirgisischen Republik ins Auge – gemeinsam mit einer Wirtschaftsdelegation, wie sie unterstrich.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 261, 23.3.2015)*



v.li.: Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl (ÖVP) begrüßt den Staatspräsidenten der Kirgisischen Republik Almasbek Atambajew.  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



v.li.: Der polnische Senatspräsident Bogdan Borusewicz, der Präsident der polnischen Zentralbank und frühere Ministerpräsident Polens Marek Belka und BR-Präsidentin Zwazl © Parlamentsdirektion/Brigitte Brenner



### Abschied von Władysław Bartoszewski

Unter zahlreicher internationaler Beteiligung hat Polen am 4. Mai 2015 Abschied von seinem im Alter von 93 Jahren verstorbenen früheren Außenminister Władysław Bartoszewski genommen. Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck erinnerte etwa an das große Engagement Bartoszewskis, der selbst KZ-Häftling in Auschwitz war, für die deutsch-polnische Verständigung. Österreich war durch Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl bei den Trauerfeierlichkeiten vertreten. "Wir haben einen großen Menschen und einen großen Europäer verloren", so Zwazl.

Bartoszewski war am 24. April im Alter von 93 Jahren gestorben. Als 18-Jähriger hatte er das KZ Auschwitz überlebt. Im kommunistischen Polen hatte er als Bürgerrechtler mehrere Jahre im Gefängnis verbracht. Von 1990 bis 1995 war er Polens Botschafter in Österreich. Bis zuletzt war er als Berater der polnischen Regierung aktiv.

### Europäische Union

#### Rederecht für EU-Abgeordnete im Bundesrat

Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt von Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl stellte die Stärkung der EU-Kompetenzen für den Bundesrat dar. Als ein Instrument forderte die Präsidentin daher die Umsetzung eines Rederechtes für EU-ParlamentarierInnen in der Länderkammer. Auf Initiative von Zwazl wurde zu diesem Thema ein gemeinsamer Antrag von ÖVP, SPÖ und GRÜNE formuliert, der in der Bundesratssitzung am 7. Mai debattiert und mit Mehrheit angenommen wurde. Die Bestimmung sieht konkret vor, dass die Präsidentin bzw. der Präsident nach Beratungen in der Präsidialkonferenz den EU-Abgeordneten das Rederecht einräumen kann. Das gilt für alle Verhandlungen des Bundesrates im Plenum und in den Ausschüssen, die der Erörterung von EU-Themen dienen. Im EU-Ausschuss des Bundesrates sind die österreichischen EU-Abgeordneten bereits heute berechtigt, mit beratender Stimme anwesend zu sein. Der Antrag wurde nach einer getrennten Abstimmung gegen die Stimmen der FPÖ mit der nötigen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Die FPÖ begründete die Ablehnung mit dem Argument, dass gewählte Abgeordnete nur in jener Kammer reden sollten,

in die sie gewählt wurden. Die bisherigen Regelungen, herausragenden Persönlichkeiten der europäischen und internationalen Politik das Rederecht einzuräumen, sei ausreichend gewesen. EU-Abgeordnete hätten schon vor der Änderung mit beratender Stimme am EU-Ausschuss des Bundesrates teilnehmen können – ein Recht, das bislang kaum wahrgenommen wurde.

ÖVP, SPÖ und GRÜNE unterstützten die Initiative und stimmten überein, dass der Bundesrat sich so noch stärker als bisher als Europakammer profilieren und in dieser Frage dem Nationalrat voraus sei. Das Rederecht für EU-Abgeordnete sei kein Selbstzweck, sondern diene dazu, tiefer in die Europa- und demokratiepolitische Diskussion einzusteigen. Der Bundesrat sei die legislative Brücke zum EU-Parlament und schaffe eine enge Verbindung zwischen nationaler und europäischer Legislative – und damit auch mehr Vertrauen in nationale und europäische Politik.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 84, 4.2.2015; Nr. 352, 13.4.2015; Nr. 493, 7.5.2015)*

#### Visionen für die Zukunft der Regionen Europas – Sonja Zwazl und Volker Bouffier

In Österreich spielen die Bundesländer eine zentrale politische Rolle im Aufbau der Republik, so ist die Bundesstaatlichkeit ein Grundprinzip der österreichischen Verfassung. Die historische, politische und wirtschaftliche Bedeutung der Regionen für Europa war das Thema einer Vortragsreihe, zu der Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl den deutschen Bundesratspräsidenten Volker Bouffier, den österreichischen Historiker Ernst Bruckmüller, den Ökonomen Gottfried Haber sowie Moderator Hans Bürger am 13. Februar im Bundesratssitzungssaal begrüßte.

Zuvor hatte Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl ihren deutschen Amtskollegen Volker Bouffier zu einem Meinungsaustausch getroffen, in dem beide die wichtige Rolle der Regionen für den wirtschaftlichen Aufschwung betonten. Nicht nur in Österreich und Deutschland, wo die Länder an der Bundesgesetzgebung mitwirken, sondern auch im Gesamtgefüge der Europäischen Union seien starke Regionen wichtig. Eingehend diskutiert wurde in diesem



BR-Präsidentin Zwanzl begrüßt ihren deutschen Amtskollegen Volker Bouffier in Wien; über die Zukunft der Regionen Europas diskutierten u.a. Univ.Prof. Ernst Bruckmüller (li.) und Univ.Prof. Gottfried Haber (re.). © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Zusammenhang der steigende Wettbewerbsdruck, mit dem die Bundesländer konfrontiert sind.

Im Zentrum der Ausführungen der Bundesratspräsidentin stand die Vision eines vereinten Europas der Regionen und des Friedens, das sich erfolgreich den Herausforderungen der Globalisierung stelle. Die Terroranschläge in Frankreich, der kriegerische Konflikt in der Ukraine und die Flüchtlingstragödie vor Lampedusa zeigten, wie verletzlich Europa sei. Das europäische Friedensprojekt brauche eine gemeinsame Flüchtlingspolitik und beim Thema Griechenland müsse es gelingen, einen Umgang miteinander auf Augenhöhe zu finden. Besorgt zeigte sich die Bundesratspräsidentin auch wegen des Erstarkens nationalistischer Gruppen, die unter dem Deckmantel des Patriotismus ein Gedankengut verbreiten, das in einem Europa der Toleranz und des Friedens keinen Platz habe. Zwanzl unterstrich den Wert der Toleranz und bekannte sich zu einer Gesellschaft der kulturellen Vielfalt. Im gemeinsamen Europa sei es wichtig, dass die Regionen ihre starken Identitäten behalten und einbringen. Österreich und Deutschland haben starke Regionen, die durch ihren wirtschaftlichen Erfolg zeigen, dass Regionalität ein Erfolgsmodell für Europa und in der Welt sei, sagte Bundesratspräsidentin Sonja Zwanzl.

"Deutschland hätte sich als Zentralstaat nicht so stark entwickelt wie die Bundesrepublik", sagte der Präsident

des Deutschen Bundesrates Volker Bouffier und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass Länder wie Deutschland und Österreich im Kreis der 28 EU-Mitgliedsländer für ihre föderale Besonderheit werben müssen. "Die Bundesländer sind ein Erfolgsgarant in Deutschland." Sie müssten sich auf eine – manchmal als kompliziert kritisierte – Weise miteinander verständigen und absprechen, was aber den Vorteil biete, Fehler zu vermeiden.

Europa sieht der deutsche Bundesratspräsident als den besten Platz auf der Welt an. Hier lebe erstmals in der Geschichte eine Generation in völligem Frieden, in Freiheit und in einem nie gekannten Wohlstand. Daher laute sein Motto "Grenzen überwinden und Freiheit sichern". Angesichts der Ereignisse in der Ukraine fordert Bouffier, die Lehren aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu ziehen, und warnt davor, Grenzen mit Gewalt zu verschieben. Auch Bouffier sprach aktuelle Flüchtlingsprobleme an und unterstrich die Notwendigkeit, in Europa gemeinsam Verantwortung zu tragen. Dies setze voraus, die Menschen zu erreichen und von ihnen Unterstützung zu bekommen. Länder und Regionen können dabei die Brücke zwischen nationalen Regierungen sowie zentralen Bürokratien und den Menschen vor Ort bilden, sagte Bouffier. In einer Welt der Globalisierung bei gleichzeitiger Individualisierung suchten die Menschen Identität und Orientierung. Die Bundesländer können die Anonymität

politischer Entscheidungen überwinden, weil sie näher bei den BürgerInnen sind. Sie können auch Differenzierungen in die Entscheidungen zentraler Bürokratien einbringen und dafür sorgen, dass sich regionale Unterschiede in den Regelungen wiederfinden.

Über die geschichtliche Bedeutung der Regionen Europas referierte Univ.Prof. Ernst Bruckmüller von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Anschließend sprach Univ.Prof. Gottfried Haber von der Donau-Universität Krems über ökonomische Perspektiven der Regionen Europas.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 110, 13.2.2015)*

damit für die gesamte europäische Wirtschaft", so Zwazl, die das österreichische Parlament bei der zweitägigen Tagung vertritt. "Da sind wir alle gemeinsam gefordert – in unseren Nationalstaaten, aber auch in unserer gemeinsamen Heimat, der Europäischen Union."

Zugleich drängte Zwazl, die Jugend bei der Berufs- und Ausbildungswahl besser zu begleiten und dabei insbesondere die individuellen Talente der Jugendlichen zu berücksichtigen. "Innovationen und Qualität sind die zentralen Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Die Voraussetzung dafür sind bestens qualifizierte Fachkräfte", so die Bundesratspräsidentin. "Jeder junge Mensch, der gar



Familienfoto der Tagung der EU-ParlamentspräsidentInnen in Rom im April 2015 © Camera dei deputati

### Tagung der EU-ParlamentspräsidentInnen in Rom

Weniger Bürokratie für Betriebe und ein verstärktes Augenmerk auf die Jugendausbildung als Schlüssel für ein wieder verstärktes Wirtschaftswachstum in der EU stellte die Präsidentin des Bundesrates, Sonja Zwazl, bei einer Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Staaten zur Zukunft Europas am 20. und 21. April in Rom ins Zentrum ihrer Ausführungen. "Je schlanker die Bürokratie ist, desto dicker sind die Wachstumschancen für unsere Betriebe und

nicht erst in den Arbeitsprozess integriert werden kann, ist ein Stachel in der Grundsubstanz der EU."

Neben neuen Strategien für Wirtschaftswachstum standen auch Fragen der Menschenrechte, der Rolle des EU-Parlaments bei internationalen Vertragsverhandlungen und neue Wege für den politischen Dialog auf der Tagesordnung der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 378, 21.4.2015)*

### Österreich und Tschechien wollen Kontakte vertiefen

Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit standen im Zentrum eines Grenzlandtreffens zwischen dem Österreichischen Bundesrat und seinem tschechischen Pendant, dem Senat. Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl betonte dabei die Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Kooperation auf allen Gebieten, insbesondere auch in Fragen der Verkehrsinfrastruktur, des Breitbandausbaus oder im Bereich der Forschung. "Gerade in einer schwierigen Zeit ist es wichtig, die guten Kontakte zu unseren Nachbarn

unter anderem für einen weiteren Ausbau der Beziehungen auf bildungspolitischer Ebene, etwa durch einen verstärkten Studierendenaustausch auf universitärer Ebene oder zusätzliche Initiativen zum Erlernen der Sprache des jeweiligen Nachbarlandes.

Auf dem Programm standen u.a. ein Besuch der Volksschule Poysdorf, wo rund die Hälfte der Kinder auch Tschechisch lernt, ein Besuch der Wein- und Traubenwelt "Vino Versum" und des Kabelwerks "Gebauer & Griller".

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 644, 12.6.2015)*



BR-Präsidentin Zwazl und der tschechische Senatsvizepräsident Barek mit SchülerInnen der Volksschule Poysdorf © SEPAMedia/Josef Bollwein



v.li.: Vizepräsident des tschechischen Senats Ivo Barek im Gespräch mit BR-Präsidentin Sonja Zwazl © SEPAMedia/Josef Bollwein

weiter zu stärken und zu festigen", so Zwazl. Ivo Barek, der Vizepräsident des tschechischen Senats, verwies darauf, dass Österreich der drittgrößte Investor in der Tschechischen Republik ist und hoffte darauf, dass diese Investitionen in Zukunft noch weiter wachsen werden: "Österreich ist für uns Nachbar, Partner und Investor."

Als beispielhaft für die Vertiefung der grenzüberschreitenden Beziehungen hervorgehoben wurde von Zwazl auch das Projekt "Summercamp" der Wirtschaftskammer Niederösterreich, bei dem Unternehmerinnen aus Tschechien und Niederösterreich mit ihren Kindern gemeinsam einige Tage verbringen, Fragen des Geschäftslebens diskutieren und sich grenzüberschreitend vernetzen. Barek plädierte

### Bildung

#### Studie: Berufsorientierung als Mittel gegen Bildungs-Drop-outs

Das Thema Bildung als einer der Schwerpunkte der niederösterreichischen Präsidentschaft wurde im ersten Halbjahr 2015 im Bundesrat aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Schon im Zuge ihrer Antrittsrede betonte Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl ihr Bestreben, eine fixe Berufs- und Bildungsorientierung in der siebenten Schulstufe österreichweit zu verankern, um Jugendlichen ihre individuellen Stärken und dazu passende Ausbildungswege aufzuzeigen. "Wir müssen in der Bildungspolitik raus aus dem 'Kastlendenken'. Es geht nicht um ein Match Gymnasium gegen Gesamtschule. Es geht darum, wie wir die Begabungen

unserer Kinder bestmöglich erkennen und fördern", so Zwazl Anfang Februar im Bundesrat.

Diese Forderung unterstrich die Bundesratspräsidentin im Rahmen der Präsentation einer Umfrage des Instituts für Jugendkulturforschung unter SchülerInnen der achten Schulstufe, die Anfang Mai von Zwazl gemeinsam mit Jugendforscher und Studienautor Bernhard Heinzlmaier im Parlament präsentiert wurde. Mehr als die Hälfte der in der Studie befragten Jugendlichen geben an, dass sie "mehr Unterstützung bei der Bildungs- und Berufswahl, damit

Bundesratspräsidentin Zwazl sah in den Daten zur Lehre "ein nicht mehr zeitgemäßes Bildungsbild der Elterngeneration tradiert. Denn de facto werden gerade Fachkräfte in der Wirtschaft dringend gesucht." Um den Jugendlichen und ihren Eltern die Vielfalt der Berufs- und Ausbildungswege besser bewusst zu machen, schlägt Zwazl drei konkrete Maßnahmen vor: Bildungs- und Berufsorientierung in der gesamten Sekundarstufe, berufspraktische Tage sowie Berufsorientierung als fixen Bestandteil in der Ausbildung der Lehrkräfte.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 85, 5.2.2015; Nr. 482, 7.5.2015)*



v.li.: Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier und BR-Präsidentin Sonja Zwazl © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Jugendliche die Ausbildung finden, die zu ihnen passt" als zentrale Maßnahme sehen, um Drop-outs aus Schule und Lehre zu vermeiden. Generell wünschen sich 47 % der Jugendlichen, bei AHS-SchülerInnen sogar 51 %, mehr Information und Beratung über Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten nach der achten Schulstufe. "Was ihre persönliche Zukunft angeht, sind die Jugendlichen optimistisch. Die Mehrheit von ihnen ist davon überzeugt, dass sie das erreichen werden, was sie sich für ihr Leben vornehmen", so Studienautor Bernhard Heinzlmaier. In Bezug auf die Lehre zeigt sich für ihn, "dass das Image der Lehre unter Jugendlichen noch immer nicht dort ist, wo es sein sollte. Eine Aufwertung der Lehre erwarten sie sich in erster Linie vom Modell Lehre mit Matura."

### Zukunftskonferenz "Begabungen erkennen, Begabungen fördern"

Unter dem Motto "Begabungen erkennen, Begabungen fördern" fand am 11. Mai im niederösterreichischen Landhaus in St. Pölten eine gemeinsame "Zukunftskonferenz" von Bundesrat und Niederösterreichischem Landtag statt.

"Wir müssen die individuellen Talente unserer Kinder stärker in den Mittelpunkt rücken", so Zwazl in ihrer Eröffnungsrede. "Wer bei seiner Ausbildung auf seine Stärken setzen kann, der wird auch selbstbewusster und zufriedener sein – und in seinem Job schlicht erfolgreicher. Davon profitieren wir alle. Stärken zu stärken ist das Beste, was wir für unsere Zukunft machen können."

Niederösterreichs Landtagspräsident Johann Penz schlug in die gleiche Kerbe. "Wir können es uns nicht leisten, Talente und Begabungen brachliegen zu lassen", plädierte er für gezielte Förderungen für Schwache wie für Starke sowie für ein lebensbegleitendes Lernen. "Wissen ist Fortschritt, Wissen ist Sicherung des Wohlstands."

Genetiker und Buchautor Univ.Prof. Markus Hengstschläger sprach in seinem Impulsvortrag zum Thema "Was bedeutet es überhaupt, talentiert zu sein?" und forderte eine stärkere Begabungsorientierung im Bildungssystem. Denn, so Hengstschläger, "Jeder Mensch ist Elite. Aber jeder Mensch ist es woanders." Zudem plädierte er für die Einführung eines Schulfaches "Soziale Kompetenz".



BundesrätInnen auf Besichtigungstour in der "New Design University" in St. Pölten © Kraus



Bundesrat Efgani Dönmez testet die Potenzialanalyse im WIFI-BIZ. © Kraus



BR-Präsidentin Sonja Zwazl, Bildungslandesrätin Barbara Schwarz © Kraus

Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier stellte die Ergebnisse seiner Studie zu Bildungs- und Berufsperspektiven vor und betonte, dass junge Menschen heute viel früher über ihre Zukunft nachdenken als früher. Die Motive der jungen Menschen für eine Ausbildung seien vielfältig, an der Spitze liege die Erwartung, später einmal leicht Arbeit zu finden sowie die Beratung mit den Eltern. Heinzlmaier folgerte, dass es notwendig sei, die Eltern in die Berufsberatung einzubeziehen.

Experten wie Umdasch-Vorstandsvorsitzender Andreas J. Ludwig oder Unternehmer Matthias Lemp sprachen sich für eine gesellschaftliche Aufwertung der Lehre aus, da Fachkräfte in der Wirtschaft dringend gebraucht würden.

Die niederösterreichische Bildungslandesrätin Barbara Schwarz setzte sich in ihrem Referat mit "Herausforderungen für eine moderne Bildungspolitik" auseinander. Schule müsse auf Kinder mit unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten eingehen, auch Werte vermitteln, und Kinder müssten im Zuge ihrer Schulzeit auch verstärkt handwerkliche Möglichkeiten kennenlernen, so Schwarz. "Unser Schulsystem braucht Freiheit in den Methoden." Von Schwarz definitiv unterstützt wurden Forderungen nach einer fixen Berufsorientierung in der siebenten und achten Schulstufe an allen Schultypen.

Im Rahmen der Konferenz wurden auch Praxisbeispiele wie der Niederösterreichische Begabungskompass, Teach for Austria oder das niederösterreichische Netzwerk für Berufsorientierung vorgestellt.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 501 und Nr. 504, 11.5.2015)*

### **Jugendliche** **Erstes Lehrlingsparlament Österreichs**

100 junge Menschen, vom Maurer bis zur Elektrotechnikerin, aus zehn unterschiedlichen Betrieben und Geschäftsfeldern nahmen am ersten österreichischen Lehrlingsparlament am 4. und 5. März teil. Nationalratspräsidentin Doris Bures hatte dieses Projekt initiiert und begrüßte gemeinsam mit Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl die Lehrlinge im Hohen Haus. Nach intensiven Vorberatungen mit ExpertInnen und PolitikerInnen arbeiteten die Lehrlinge ihre Vorschläge zum Thema "Regelungen für die Lehrlingsausbildung im Betrieb" aus und diskutierten sie in Ausschusssitzung.

Bundesratspräsidentin Zwazl leitete das Plenum, dessen Debatten mit einem von den Jugendlichen erarbeiteten Gesetzesbeschluss endeten.

"Es ist ein positives Signal für die Zukunft, wenn junge Menschen das Zentrum der Demokratie kennenlernen, wo Gesetze für alle beschlossen werden, hier ihre Ideen einbringen und erleben können, wie man gemeinsam politische Lösungen findet", formulierte Zwazl, die sich ausdrücklich bei Nationalratspräsidentin Bures für diese Initiative bedankte. Die Betriebe bräuchten gut ausgebildete Fachkräfte, so Zwazl, die als Unternehmerin einmal mehr eine Lanze für die Lehre und damit für die Verbindung von theoretischer Ausbildung und Praxis im Betrieb brach. Lehrlinge seien aber auch in ihrem politischen Engagement gefordert, denn die Politik brauche die Bereitschaft junger Menschen, Verantwortung zu übernehmen, Ideen einzubringen und Gestaltungswillen zu zeigen, appellierte die Bundesratspräsidentin an die TeilnehmerInnen, denn: "Davon lebt unsere Demokratie."

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 193 und Nr. 194, 5.2.2015)*

### BR-Präsidentin Sonja Zwazl in der DemokratieWERKstatt

Gemeinsam mit Bundesrat Stefan Schennach beantwortete Bundesratspräsidentin Zwazl am 24. Februar jungen Menschen im Rahmen der DemokratieWERKstatt Fragen zu den Themen Politik und Parlamentarismus.

### Girls Day im Parlament

Mädchen für Berufe abseits der klassischen Rollenverteilung zu motivieren, ist Ziel des Girls Day, einer bundesweiten Aktion, an der sich auch das österreichische Parlament seit vielen Jahren beteiligt. Rund 20 Mädchen hatten die Möglichkeit, frauenuntypische Berufe im breiten Arbeitsumfeld der Parlamentsdirektion kennenzulernen: Von Presseberichterstattung bis hin zu Heizungs- und Klimatechnik reichte die Bandbreite. Auf dem Programm stand auch ein Gespräch mit Bundesratspräsidentin Zwazl, die unterstrich: "Es gibt nichts, was Mädchen nicht können!" Darum sei es wichtig, die volle Vielfalt der Berufe zu zeigen und jenen Beruf zu wählen, der zu den eigenen Interessen und Talenten am besten passt. In Österreich werden rund 200



Die TeilnehmerInnen des ersten Lehrlingsparlaments im Nationalratssitzungssaal © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



BR-Präsidentin Zwazl und BR Schennach beim Interview in der DemokratieWERKstatt © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Jacqueline Godany



Interessierte Mädchen besuchen den Girls Day im Parlament. © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

verschiedene Lehrberufe angeboten: "Da ist sicher für jede das Richtige dabei", zeigte sich die Bundesratspräsidentin überzeugt.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 394 und Nr. 395, 23.4.2015)

### Jugendparlament mit Schulklassen aus Niederösterreich

Am 28. und 29. Mai waren Schulklassen aus Niederösterreich eingeladen, das politische Handwerk im Hohen Haus kennenzulernen und als Abgeordnete in den Ausschüssen und im Plenum des Jugendparlaments über Mitbestimmungsrechte von SchülerInnen zu diskutieren.

Schon die Auswahl der Schulklassen ist jedes Mal eine spannende Angelegenheit: Alle Klassen der neunten Schulstufe aller Schultypen in Niederösterreich konnten sich bis 24. März bewerben und ihren Beitrag zum Thema "Was bedeutet Demokratie für dich und deine KlassenkollegInnen?" einreichen. Unter den besten Einreichungen wurden folgende Klassen für die Teilnahme ausgewählt: 1A der Polytechnischen Schule Blindenmarkt, 5AL des Bundesgymnasium/Bundesrealgymnasium Berndorf, 5C des Bundesgymnasium/Bundesrealgymnasium Purkersdorf und die 1C der Höheren Bundeslehranstalt für Wirtschaftliche Berufe Tulln.

Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl hieß die Jugendlichen bereits am Donnerstag, 28. Mai, herzlich im Parlament, dem

"Herzen der Demokratie" willkommen. "Politik heißt gestalten und Ideen umsetzen", so Zwazl. Das direkte Kennenlernen der parlamentarischen Abläufe solle die Jugendlichen motivieren, am parlamentarischen Geschehen mitzuwirken. Zudem würde die Vermittlung der Gesetzgebung anhand konkreter Beispiele viele Vorurteile gegenüber der Politik abbauen, so die Bundesratspräsidentin. Das Jugendparlament würde verdeutlichen, dass engagiertes Eintreten für eigene Interessen und Kompromissfindung kein Widerspruch seien.

Am Freitag, 29. Mai, begrüßte Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer in Vertretung von Nationalratspräsidentin Doris Bures die rund 90 Jugendparlament-TeilnehmerInnen. Dann begannen die konkreten Arbeiten der Jugendlichen an einem eigenen Gesetzesentwurf mit Unterstützung der ThemenexpertInnen Elisabeth Weiser vom Wiener Stadtschulrat und Bildungsfachfrau Christa Koenne sowie den Abg. Katharina Kucharowits (SPÖ), Asdin El Habbassi (ÖVP), Barbara Rosenkranz (FPÖ), Julian Schmid (GRÜNE) und Christoph Hagen (STRONACH). Wie viel Eigenverantwortung sollen SchülerInnen haben? Lehrt die Schule ausreichend Selbstständigkeit? Und in welchen schulischen Angelegenheiten braucht es eigentlich die Zustimmung der Erziehungsberechtigten? Darüber haben die Jugendlichen



SchülerInnen lernen die parlamentarischen Abläufe im Hohen Haus kennen und gestalten aktiv mit. © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Die BR-Präsidentin empfängt im Rahmen des Jugendparlaments niederösterreichische SchülerInnen. © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



in Kleingruppen vorberaten, im Ausschuss diskutiert und im Rahmen der Plenarsitzung abgestimmt. Erstmals konnte die Plenarsitzung des Jugendparlaments im Livestream auf der Homepage des Parlaments von Interessierten verfolgt werden. Außerdem konnte die Debatte auch auf Facebook mitverfolgt werden.

(Quelle: *Parlamentskorrespondenz* Nr. 113, 17.2.2015; Nr. 573, 29.5.2015)

## Gedenken

### Buchpräsentation in Erinnerung an das Attentat von Oberwart

In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar 1995 wurden vier Roma bei einem Rohrbomben-Attentat im burgenländischen Oberwart getötet. Auf Einladung der Vizepräsidentin des Bundesrates Inge Posch-Gruska und dem burgenländischen Verlagshaus edition lex liszt 12 wurde am 3. Februar im Parlament das Buch "Das Attentat von Oberwart – Terror, Schock und Wendepunkt" in Erinnerung an die damaligen Ereignisse vorgestellt.

Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl begrüßte die Gäste und forderte dazu auf, jeglicher Form von Ausgrenzung entgegenzutreten: "Gewalt – körperliche ebenso wie verbale – ist grundsätzlich der falsche Weg!" Es gebe nichts – keine Religion, keine Kultur, keine Ethnie, kein Andersdenken –, das Gewalt im Zusammenleben und im Austausch unterschiedlicher Meinungen und Gedanken auch nur im Entferntesten rechtfertigen könne und dürfe. "Wer Ehrfurcht vor dem Leben und dem Anderen lebt, der steht auf der richtigen Seite", so Zwazl.

(Quelle: *Parlamentskorrespondenz* Nr. 77, 3.2.2015)

### "Nein" zu Rassismus und Gewalt als Dauerauftrag

Am 5. Mai 1945 wurde das Konzentrationslager Mauthausen von US-Soldaten befreit. 70 Jahre später erinnerte eine Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus an die Geschehnisse.

Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl begrüßten die rund 600 Gäste. Im Rahmen einer bewegenden Rede schilderte die

Schriftstellerin Christine Nöstlinger ihre Erinnerungen an das Unrecht der NS-Zeit und warnte eindringlich vor Rassismus heute.

Im Anschluss daran wurden Ausschnitte aus der Burgtheater-Aufführung "Die letzten Zeugen" gezeigt. Für alle ZuhörerInnen unvergesslich, schmerzhaft und eindrücklich waren die Lebensgeschichten der NS-Überlebenden Rudolf Gelbard, Lucia Heilman, Suzanne-Lucienne Rabinovici und Ari Rath, die teils von den Überlebenden selbst, teils von SchauspielerInnen des Burgtheaters vorgetragen wurden.

### Sprache als erstes Alarmsignal

Die Rede von Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl bei der Gedenkveranstaltung am 5. Mai 2015 im Historischen Sitzungssaal des Parlaments:

"Sprache ist verräterisch. Und sie steht immer am Beginn. Sie zeigt, wenn etwas in einer Gesellschaft schief läuft. Sie ist das erste Zeichen, wenn sich Menschen und Gesellschaften radikalieren. Wo die Sprache verroht, dort verroht auch der Umgang der Menschen miteinander. Wo Sprache die Verrohung und Brutalisierung einer Gesellschaft zum Ausdruck bringt, dort ist ein Weg beschritten, der direkt in eine Welt der Gewalt führt – und es ist dabei völlig gleichgültig, ob die sprachliche Hetze offen oder in der Anonymität



BR-Präsidentin Zwazl bei ihrer Gedenktagsrede © Parlamentsdirektion/ Johannes Zinner



An der Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus nehmen jedes Jahr die Spitzen von Politik und Gesellschaft teil. 2015 waren die Zeitzeugen Ari Rath, Suzanne-Lucienne Rabinovici, Rudolf Gelbard und Lucia Heilmann im Rahmen der bewegenden Burgtheater- Produktion "Die letzten Zeugen" zu Gast im Parlament. © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

des Internets erfolgt. Die Verrohung der Sprache ist das Alarmsignal, das dringend zu Umkehr mahnt.

Der Auftrag bleibt stets gleich: Immer und immer wieder aufzustehen und ein klares 'Nein' zu sagen, wenn Radikalismus ein friedvolles Zusammenleben zu bedrohen beginnt. Aufzustehen und 'Nein' zu sagen, wann und wo auch immer Gewalt den Dialog oder den politischen Wettbewerb der Ideen zu ersticken droht. Aufzustehen und 'Nein' zu sagen, wann und wo auch immer Menschen das Menschsein abgesprochen wird. Aufzustehen und 'Nein' zu sagen, wenn die Sprache und damit der Umgang der Menschen miteinander verroht.

Wenn wir heute – am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen – der Millionen von Opfern von Rassismus und Gewalt des verbrecherischen NS-Regimes gedenken, so ist das nicht einfach ein Rückblick in eine furchtbare, menschenverachtende Geschichte.

Dahinter steckt die stete Mahnung, Gewalt und Rassismus keinen Platz in unserer Gesellschaft zu lassen.

Diese Mahnung kennt kein Gestern, Heute oder Morgen. Diese Mahnung ist zeitlos gültig und notwendig. Das 'Nein' zu Rassismus und Gewalt ist ein Dauerauftrag – für heute, für morgen, für immer. Menschenrechte sind unteilbar. Und in der Erinnerung an und in der Trauer um die Opfer steckt die stärkste Immunisierung gegen jegliche Form neuer Radikalisierungen. Das ist der Kern und die Botschaft, die von diesem Gedenktag nicht nur ausgehen soll, sondern ausgehen muss.

'Ich möchte, dass sich jemand erinnern wird, dass einst ein Mensch gelebt hat, der David Berger hieß', ist in einer bis heute erhaltenen Postkarte Bergers an eine Freundin namens Elsa zu lesen. 1941 wurde er erschossen. Er wurde 19 Jahre alt.'

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 458 und Nr. 460, 5.5.2015)*

## Bilanz

### BR-Präsidentin zieht Bilanz

Für BR-Präsidentin Sonja Zwagl soll die Länderkammer verstärkt Schulklassen ansprechen und aktiv zu Sitzungen des Bundesrates einladen, etwa im Rahmen der Politischen Bildung an den einzelnen Schulen. "Demokratie verlangt ständige Arbeit. Dazu gehört insbesondere, auch unsere Jugend für diese Demokratie zu begeistern und sie dafür zu gewinnen, sich politisch zu engagieren. Das ist langfristig der beste Schlüssel gegen Politikverdrossenheit", so Zwagl in ihrer Bilanzrede zur Bundesratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2015.



Gerade der Bundesrat lebe vor, "dass Politik etwas Anderes sein kann und sein muss als demonstrative Schaukämpfe zwischen Parteien und der ewige Wettlauf um die bessere Schlagzeile. Die Konstruktivität, wie wir sie hier in der Länderkammer leben, ist eine Wegmarke gegen Politikverdrossenheit." Zugleich regte Zwagl an, dass sich der Bundesrat künftig vom politischen Tagesgeschäft unabhängige Schwerpunktthemen setzt, die über den Zeitraum der halbjährlich wechselnden Präsidentschaften hinausgehen. "Damit würden wir zusätzliches inhaltliches Profil und politische Gestaltungskraft gewinnen. Die Zusammenarbeit über Bundesländer- und Parteigrenzen hinweg würde weiter gestärkt."

### Rederecht für EU-Abgeordneten ist "Wegmarke für Europa"

Der Bundesrat habe heuer zentrale Wegmarken für die Demokratie, Europa und unsere Jugend gesetzt, so Zwagl. So sei etwa das lange diskutierte Rederecht für die österreichischen EU-Abgeordneten umgesetzt worden. "Damit haben wir einen Durchbruch für das ganze Parlament geschafft – trotz diverser Widerstände", so Zwagl. "Frei herausgesagt: Ich glaube nicht, dass das Rederecht für EU-Abgeordnete im Nationalrat schon umgesetzt wäre – ohne unsere Initiative, unseren Impuls und unseren Anschlag."



© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

### Jugendliche bei Berufswahl besser begleiten

Im Bereich der Jugend strich die Bundesratspräsidentin die Enquete zur Reintegration so genannten NEETs, junger Menschen, die völlig aus unseren Ausbildungs- und Berufsschienen verschwunden sind, sowie die gemeinsam mit dem NÖ Landtag durchgeführte Zukunftskonferenz hervor, bei der Strategien entwickelt wurden, wie Jugendliche bei der Berufs- und Ausbildungswahl besser begleitet werden und ihre Talente besser zur Entfaltung gebracht werden können.

### Berufsorientierung als Fixpunkt bei LehrerInnen-Ausbildung

Für Zwagl stehen dabei drei Maßnahmen im Zentrum: "Erstens muss Bildungs- und Berufsorientierung über die gesamte Sekundarstufe ein Fixpunkt im Schulbetrieb sein – und zwar an allen Schultypen, also auch in den AHS. Zweitens sollen in der dritten und vierten Klasse gesetzlich jeweils fünf berufspraktische Tage vorgesehen werden, damit die Jugendlichen die Berufswelt besser kennenlernen können. Und drittens muss Berufsorientierung ein fixer Bestandteil in der Ausbildung aller PädagogInnen werden." Ein entsprechender Entschließungsantrag wurde am 3. Juni 2015 im Bundesrat mehrstimmig angenommen.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 590, 3.6.2015)

## Wegmarken für Demokratie, Europa und Jugend

Das Zweikammer-System und damit die verfassungsrechtliche Abbildung der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung ist ein tragendes Element einer föderalen bundesstaatlichen Ordnung. Die Länder haben im Rahmen der Grundsatzgesetzgebung Bundesrecht umzusetzen und im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung Bundesrecht zu vollziehen. Über den Vertrag von Lissabon wurden dem Bundesrat und damit den Ländern und Landtagen Mitwirkungsmöglichkeiten bei europäischen Rechtsakten gegeben. Die engagierte Mitwirkung des Bundesrates im europäischen Rechtssetzungsprozess stärkt



Niederösterreichischer Landtagspräsident Hans Penz und BR-Präsidentin Sonja Zwagl beim Empfang anlässlich der Vorsitzübernahme Anfang 2015 im Parlament © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Jacqueline Godany

die Bindung europäischer Institutionen zu den Ländern. Der Bundesrat hat im ersten Halbjahr 2015 unter dem Vorsitz von Präsidentin Sonja Zwagl zentrale Wegmarken für die Demokratie, für Europa und für unsere Jugend gesetzt. So wurde das lange diskutierte Rederecht für die österreichischen EU-Abgeordneten umgesetzt. Mit der gemeinsam mit dem niederösterreichischen Landtag durchgeführten Zukunftskonferenz wurden Strategien entwickelt,

wie Jugendliche bei der Berufs- und Ausbildungswahl besser begleitet und ihre Talente besser zur Entfaltung gebracht werden können. Initiativen wie diese tragen dazu bei, zusätzliches inhaltliches Profil und politische Gestaltungskraft zu gewinnen. Sie tragen dazu bei, die Zusammenarbeit über Bundesländer- und Parteigrenzen hinweg weiter zu verstärken. Präsidentin Sonja Zwagl ist es gelungen, frischen Wind in den Bundesrat zu bringen.

Dieser Weg muss weiter fortgesetzt werden, indem der Bundesrat sich noch stärker als bisher in den politischen Prozess einbringt. Insbesondere im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung des Bundesrates sind die Konzepte und übereinstimmenden Beschlüsse der Landtagspräsidentenkonferenz und der Landeshauptleutekonferenz ernst zu nehmen. Die Reformverweigerung der im Nationalrat vertretenen Fraktionen in Bezug auf systemische Änderungen, die eine bessere Gesetzgebung zum Ziel haben, muss beendet werden. Die Weiterentwicklung des Bundesrates muss als Chance begriffen werden, die Normerzeugungsprozesse und Kontrollaufgaben des Parlaments gegenüber der Regierung zu verbessern sowie im Interesse der BürgerInnen zu besseren und nachvollziehbaren und bürger-nahen Entscheidungen zu kommen.

"Checks and Balances", wie dies im angelsächsischen Raum trefflich bezeichnet wird, setzt eine Begegnung auf Augenhöhe zwischen Nationalrat und Bundesrat voraus. Diese Augenhöhe ist auch in der Mitwirkung des Bundesrates bei der Bestellung der parlamentarischen Kontrollorgane, wie Rechnungshof und Volksanwaltschaft, sowie der Besetzung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts herzustellen. Dies ist im Gefüge der drei Staatsgewalten (Legislative, Exekutive, Judikative) essenziell für einen modernen Rechtsstaat; dazu bedarf es eines sich weiterentwickelnden zeitgemäßen Parlamentarismus.

*NÖ-Landtagspräsident Hans Penz*

## Bundesrat als europäischer Player

Als geborener Ybbser und österreichischer Europäer freue ich mich besonders über den erfolgreichen Vorsitz des Bundeslandes Niederösterreich im ersten Halbjahr 2015 im Bundesrat. Bei BR-Präsidentin Sonja Zwazl möchte ich mich herzlich dafür bedanken, dass sie dem halben Jahr ihres Vorsitzes einen europapolitischen Schwerpunkt gegeben hat.

Bereits bei ihrer Antrittsrede hat sie die Aufwertung des Bundesrates in seiner Rolle als Stimme der Regionen und als "Brücke im Europa der Regionen" angekündigt. Mit der Durchsetzung des Rederechts für EU-ParlamentarierInnen im Bundesrat wurde ein wichtiger Meilenstein gesetzt. Europapolitik ist Innenpolitik und alle EU-Projekte haben ihren Platz in unseren Gemeinden und Regionen. Niederösterreich ist ein augenscheinliches Beispiel dafür. Die Zukunft Europas muss subsidiär gestaltet und das Miteinander gestärkt werden. Information schafft Bewusstsein. Durch dieses Rederecht wird das Subsidiaritätsprinzip,



Europaparlamentarier Othmar Karas  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur/  
Zolles KG/Mike Ranz

das auch die Rechtsgrundlage für die Mitwirkungsrechte des Bundesrates im europäischen Gesetzgebungsprozess ist, gelebt und macht Europa demokratischer, transparenter und bürgernäher. Parlamente als Bürgerkammern, können dazu beitragen, dass die Menschen wieder mehr Vertrauen in das Projekt EU gewinnen.

### In Vielfalt geeint

Die Länderkammer garantiert die Bürgernähe der Gesetzgebung, da sie zentrale Stelle für die Prüfung des Subsidiaritätsvorbehaltes ist. Die Bedeutung ist enorm, denn die Zukunft Europas liegt in den Regionen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

von Menschen und Institutionen. Unsere Regionen sind – neben der Familie – die wichtigste Quelle von Identität und spiegeln unseren natürlichen Lebensraum wider. Sprachliche, kulturelle, ethnische und religiöse Mentalitäten entstehen unabhängig von politischen Grenzen. Europa

beginnt in den Gemeinden zu wachsen, denn Städte, Gemeinden und Regionen sind neben ihrem identitätsstiftenden Charakter in der Lage, die BürgerInnen für das europäische Projekt zu mobilisieren. Es ist wichtig, dass die Europäische Union in Vielfalt geeint gemeinsam aufgebaut, mitgestaltet und mitverantwortet wird. "Wir sind zu unserem Glück vereint!"

*MEP Othmar Karas*



Entbürokratisierung stand im Zentrum eines Treffens von BR-Präsidentin Sonja Zwazl mit dem Präsidenten des EU-Parlaments, Martin Schulz. © European Union 2015/EP



EU-Kommissar Johannes Hahn zu Gast im Bundesrat  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

## Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates 1. Halbjahr 2014 und 2. Halbjahr 2015 (Quelle: Bundesratskanzlei)

	2014	2015
Sitzungen	6	5
Gemeinsame Sitzungen NR/BR Bundesversammlung	-	-
<b>In Verhandlung genommen:</b>		
Gesetzesbeschlüsse	66	29
Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	2	-
Zustimmung nach Art. 30a B-VG	1	-
sonstige Zustimmungen	-	-
davon Einsprüche	1	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	1	-
Ablehnung im Ausschuss	-	-
Vertagung im Ausschuss	-	-
Absetzung im Ausschuss	1	-
Ablehnung im Plenum	-	-
Übergang zur Tagesordnung	-	-
Stimmgleichheit	-	-
Staatsverträge	17	12
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG	6	4
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	-	1
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	4	-
sonstige Zustimmungen	-	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	17	23
Berichte der Volksanwaltschaft	1	1
<b>Eingebracht:</b>		
Schriftliche Anfragen	44	23
davon Dringliche Anfragen	1	1
Besprechungen von Anfrageantwortungen	2	-
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-	1
Gesetzesanträge	2	1
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	2	1
Selbständige Entschliessungsanträge	5	1
Unselbständige Entschliessungsanträge	5	3
davon angenommen	2	-
Anträge, Einspruch zu erheben	2	4
davon angenommen	1	-

**Sonstiges:**

	2014	2015
Erklärungen von Landeshauptleuten	1	-
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	1	1
Fragestunden	1	3
Aktuelle Stunden	4	2
Enquete	1	1

**Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:**

	2014	2015
EU-Ausschuss	5	6
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	1	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 iVm Art. 23k Abs. 3 B-VG	3	4
Ausschussfeststellung	-	-
Aktuelle Aussprache	-	-
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	4	2
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	2	1
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	1	-
Ausschuss für Familie und Jugend	1	1
Finanzausschuss	3	3
Geschäftsordnungsausschuss	-	1
Gesundheitsausschuss	2	2
Gleichbehandlungsausschuss	-	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	2	2
Justizausschuss	4	1
Landesverteidigungsausschuss	2	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1	1
Ausschuss für Sportangelegenheiten	1	-
Umweltausschuss	1	1
Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur	4	2
Unvereinbarkeitsausschuss	-	1
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	5	4
Ausschuss für Verkehr, Innovation und Technologie	3	2
Wirtschaftsausschuss	3	2
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	1	1
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-	-



TÄTIGKEITSBERICHT DES BUNDESRATES 2014/2015

